



HESSEN



Bericht aus Brüssel

22/2020 vom 27.11.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und Verteidigungspolitik.....	7
Europäisches Parlament.....	9
Ausschuss der Regionen.....	12
Wirtschaft.....	13
Verkehr.....	18
Energie.....	19
Digital.....	20
Forschung.....	21
Finanzdienstleistungen.....	21
Finanzen.....	23
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	25
Umwelt.....	27
Landwirtschaft.....	29
Justiz.....	30
Inneres.....	31
Information, Kommunikation und Medien.....	35
EU-Förderprogramme.....	36
Veranstaltungen.....	36
Vorschau.....	39

Kommission; Brexit-Stand Verhandlungen künftige Partnerschaft EU-GBR

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 25.11.2020 vor dem EP über den Stand der Verhandlungen mit GBR berichtet. Laut von der Leyen seien einige wichtige Fragen noch zu klären und sie könne aktuell nicht sagen, ob es letztendlich eine Einigung geben werde. Dies seien entscheidende Tage für die Verhandlungen mit GBR, so von der Leyen. Die EU sei gut auf ein „No-Deal-Szenario“ vorbereitet, aber man ziehe natürlich eine Einigung vor. Von der Leyen betonte, unabhängig vom Ergebnis müsse und werde ein klarer Unterschied zwischen einer Vollmitgliedschaft in der EU und nur einer guten Partnerschaft bestehen. Echte Fortschritte seien im Bereich der Strafverfolgung, der justiziellen Zusammenarbeit und der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu verzeichnen. Auch in Bezug auf Waren, Dienstleistungen und Verkehr gebe es nun den Entwurf eines endgültigen Textes. Von der Leyen bekräftigte jedoch auch das weitere Bestehen der seit Monaten diskutierten Hauptstreitpunkte für das Abkommen: gleiche Wettbewerbsbedingungen, Fischereirechte und Governance-Struktur (vor allem Streitbeilegungsmechanismus). In kürzester Zeit wolle man laut ihr alles in der Macht Stehende tun, um zu einer Einigung zu gelangen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_20_2204

Rat; Videokonferenz der Minister für Europäische Angelegenheiten

In seiner Tagung am 17.11.2020 zog der Rat Bilanz über die Entwicklungen im Hinblick auf den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sowie das Konjunkturpaket. Weitere Gesprächsthemen waren unter anderem der jährliche Rechtsstaatsdialog der Kommission und der Stand des Erweiterungsprozesses in Bezug auf Nordmazedonien und Albanien. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen im Genehmigungsprozess des MFR bekräftigte der Rat angesichts der aktuellen Pandemielage die Bedeutung der EU-Programme und der finanziellen Unterstützung für Bürger, Unternehmen sowie den wirtschaftlichen Aufschwung und die Notwendigkeit eines verantwortungsvollen Vorgehens aller beteiligten Akteure. Der Rat bedaure die neu aufgetretenen Hindernisse, die eine rechtzeitige Annahme des nächsten MFR sowie des Konjunkturpakets gefährdeten. Zudem führten die Minister zum ersten Mal eine Aussprache im Rahmen des jährlichen Rechtsstaatsdialogs der Kommission und konzentrierten sich dabei auf die wichtigsten Entwicklungen. Der im vergangenen September veröffentlichte erste Jahresbericht der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit bildete dabei einen Hauptbestandteil der Diskussion. Außerdem unterrichtete der deutsche Vorsitz den Rat über den Stand der Beratungen für die Verfahren für die Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien. Ziel des Vorsitzes sei es, den Verhandlungsrahmen und die internen Regelungen rechtzeitig zu verabschieden, sodass die ersten Regierungskonferenzen mit den beiden Beitrittskandidaten noch in diesem Jahr stattfinden können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/gac/2020/11/17/>

Europäischer Rat; Ergebnisse der Videokonferenz am 19.11.2020

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) befassten sich am 19.11.2020 in einer informellen Videokonferenz erneut mit der pandemischen Lage in der EU. Schwerpunktthemen der Sitzung waren schnelle Antikörpertests, die gegenseitige Anerkennung von Testergebnissen, Impfungen gegen das Virus sowie ein gemeinsamer Ansatz bei der Aufhebung der Einschränkungen. ER-Präsident Charles Michel erklärte nach der Sitzung, man habe besprochen, wie ein gemeinsamer EU-Ansatz für die Nutzung schneller Antikörpertests entwickelt werden könne. Auch müsse man auf die gegenseitige Anerkennung von Tests und Testergebnissen

hinarbeiten. Nationale Teststrategien seien diskutiert und beste Praktiken ausgetauscht worden. Ferner seien die Staats- und Regierungschefs übereingekommen, angesichts der vielversprechenden Neuigkeiten über mögliche Impfstoffe, die Arbeiten an den nationalen Impfplänen zu beschleunigen. Eine Herausforderung sei die Kommunikation, betonte Michel. Die Zahl der Impfskeptiker steige, deshalb müsse man deutlich kommunizieren. Schließlich habe man über die Aufhebung der geltenden Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie gesprochen. Die Lehren aus der ersten Welle müssten gezogen werden, die Aufhebung könne nur schrittweise erfolgen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte nach der Sitzung, nach Einschätzung der Europäischen Arzneimittelagentur könnten die Impfstoffe von Biontec/Pfizer und Moderna in der zweiten Dezemberhälfte die bedingte Marktzulassung erhalten. Auch sie verwies auf die Bedeutung der Kommunikation hinsichtlich der Impfungen und kündigte an, dass die Kommission eine Kommunikationsstrategie erarbeiten werde. Sie verwies im Übrigen auf die am 18.11.2020 veröffentlichte Empfehlung der Kommission zu Antikörpertests und erklärte, bis Jahresende werde ein europäisches „Passenger Locator Formular“ vorliegen. Hinsichtlich der Aufhebung der Beschränkungen mahnte die Kommissionspräsidentin eine nur graduelle Lockerung an. Die Kommission werde einen Vorschlag für eine schrittweise und koordinierte Lockerung vorlegen. Zu Beginn der Videokonferenz waren auch kurz der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 und das Aufbauinstrument Next Generation EU angesprochen worden. Hintergrund ist das Veto von POL und HUN gegen die mit dem EP erzielte Einigung über das Paket; beide Länder lehnen den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus ab. Es äußerten sich jedoch nur drei Staaten (HUN, POL und SLO), eine inhaltliche Diskussion zu dem Thema fand nicht statt. Es wurden keine Beschlüsse in der Sache gefasst und keine Schlussfolgerungen verabschiedet.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/11/19/>

Europäische Verteidigungsagentur; Bericht über die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung

Am 20.11.2020 hat die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) den ersten Bericht über die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD, Coordinated Annual Review on Defence) dem Lenkungsausschuss der EDA vorgelegt. Der Lenkungsausschuss der EDA besteht aus den Verteidigungsministerinnen und -ministern der EU-Mitgliedstaaten. Der Bericht soll einen Überblick über die europäische Verteidigungslandschaft liefern und wichtige Wege zu einer europäischen Verteidigungszusammenarbeit aufzeigen, um Verteidigungsfähigkeiten gemeinsam zu entwickeln. Die Mitgliedstaaten haben die Empfehlungen des CARD-Berichtes auf der Tagung des EDA-Lenkungsausschusses gebilligt. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass viele militärische Bereiche zum Beispiel Land, Luft, See, Cyberspace und Weltraum das Potenzial für erhebliche Auswirkungen auf die gemeinsame europäische Fähigkeitslandschaft besitzen, operative Vorteile erbringen und die strategische Autonomie der EU unterstützen können. Im Bericht werden vor allem sechs Fähigkeiten der nächsten Generation als Schwerpunktbereiche benannt, auf die die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen im Bereich der Fähigkeitenentwicklung konzentrieren können, da sie über ein hohes Potenzial verfügen, die operative Leistung der EU und ihrer Mitgliedstaaten kurz- und mittelfristig zu steigern. Die Schwerpunktbereiche sind Kampfpanzer, Europäisches Überwasserschiff, Infanteriesysteme, Abwehr unbemannter Luftfahrzeuge/Zugangsverweigerung/Absperrung von Gebieten, Verteidigung im Weltraum und verstärkte militärische Mobilität. Im Bericht wird jedoch ebenfalls festgestellt, dass die europäische Verteidigungslandschaft durch Fragmentierung, Inkohärenz und Ausgaben für die Verteidigungszusammenarbeit gekennzeichnet ist, die deutlich unter den vereinbarten

gemeinsamen Richtwerten liegen. Dies betrifft die Entwicklung militärischer Fähigkeiten, die Unterstützung der Verteidigungsindustrie sowie operative Aspekte.

<https://www.eda.europa.eu/docs/default-source/reports/card-2020-executive-summary-report.pdf>

C o r o n a

Kommission; Ausnahmeregelungen für den von Corona betroffenen Luftfahrtsektor sollen verlängert werden

Am 13.11.2020 veröffentlichte die Kommission einen Bericht, in dem sie empfiehlt, einige der im Mai eingeführten vorübergehenden Maßnahmen für den Luftverkehrssektor zu verlängern (vgl. BaB 09/2020). Der Bericht empfiehlt konkret, die Ausnahmeregelungen im Zusammenhang mit Betriebsgenehmigungen und der Auswahl von Bodenabfertigern, die am 31.12.2020 auslaufen, bis 31.12.2021 zu verlängern. Begründet wird dies mit der andauernden Pandemie und ihren Auswirkungen auf den Flugverkehr. Dahingegen hält die Kommission aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Verlängerung der derzeitigen Ausnahmeregelung, die eine Verlängerung der Bodenabfertigungsverträge bis zum 31.12.2022 erlaubt, nicht für notwendig. Sie will auch die seit Mai 2020 angebotene Flexibilität bei den Flugbeschränkungen nicht verlängern, da sich wirksame gesundheitspolizeiliche und hygienische Maßnahmen als wirksamer erwiesen hätten, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen.

https://ec.europa.eu/transport/modes/air/news/2020-11-13-extension-measures-coronavirus_de

Kommission; Genehmigung einer von DEU beantragten Beihilfe

Die Kommission hat mit Beschluss vom 20.11.2020 eine von DEU neu angemeldete Rahmenregelung mit einem Zielvolumen von bis zu 30 Mrd. EUR genehmigt. DEU will damit eine außerordentliche Wirtschaftshilfe für alle Unternehmen, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen bereitstellen, die ihren Geschäftsbetrieb aufgrund der staatlich verhängten Ausgangsbeschränkungen zur Eindämmung der Pandemie vorübergehend eingestellt haben. Mit der neuen Rahmenregelung können Bund und Länder Regelungen zur Unterstützung von Unternehmen auflegen, die zwischen März 2020 und Juni 2021 Umsatzeinbußen von mindestens 30% im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum im Jahr 2019 verzeichnen. Mit den Beihilfen können die Unternehmen 70% (Kleinst- und Kleinunternehmen 90%) ihrer nicht durch Einnahmen gedeckten Fixkosten bestreiten. Dies ist bis zu 3 Mio. EUR je Unternehmen möglich. Im Rahmen der Regelung kann die Unterstützung in Form von direkten Zuschüssen, staatlichen Garantien für Bankdarlehen (die über Kreditinstitute und andere Finanzinstitute als Finanzintermediäre gewährt werden) oder vergünstigten öffentlichen Darlehen erfolgen. Die Rahmenregelung werde laut Presseverlautbarung der Kommission DEU auch die Gewährung der „Novemberhilfe“ und der „Novemberhilfe plus“ zur Unterstützung der von den im November 2020 verhängten Ausgangsbeschränkungen betroffenen Unternehmen ermöglichen. Die Unterstützung für den Monat November darf höchstens 75% des Umsatzes dieses Monats im letzten Jahr betragen.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_59289

Europäische Arzneimittel Agentur; Überprüfung des Impfstoffs von Moderna Biotech gestartet

Die Europäische Arzneimittel Agentur (EMA) hat am 16.11.2020 ihre Arbeit zur fortlaufenden Überprüfung des potentiellen Impfstoffes "mRNA-1273" gegen Covid-19 gestartet. Der Impfstoff des Unternehmen Moderna Biotech Spain S.L. (ein Tochterunternehmen von Moderna, Inc.) wird von dem Human Medicine Committee (CHMP) der EMA aufgrund erster vorläufiger und vielversprechender Ergebnisse aus nicht-klinischen Studien und früheren klinischen Studien bei Erwachsenen untersucht. In Kürze werden Ergebnisse von breit angelegten klinischen Studien mit mehreren tausend Menschen erwartet, wodurch die laufende Auswertung wahrscheinlich beschleunigt werden kann.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-starts-rolling-review-mrna-covid-19-vaccine-moderna-biotech-spain-sl>

Europäische Arzneimittel Agentur; Plan zur Überwachung der Sicherheit von COVID-19-Impfstoffen. veröffentlicht

Zusammen mit nationalen Behörden (NCAs) wurde ein erarbeiteter Plan der Europäischen Arzneimittel Agentur (EMA) am 13.11.2020 veröffentlicht. Er beinhaltet die Überprüfung, Überwachung und Sammlung von Informationen rund um potentielle COVID-19-Impfstoffe. Diese besonderen Maßnahmen seien dem besonderen Stellenwert des Impfstoffes geschuldet. Die EMA nimmt damit Unternehmen in die Pflicht besonders detailliert und genau mit den Informationen über Entwicklungen ihrer Studien oder Forschungen vorzugehen. Dazu stellt die EMA eine PDF-Anleitung zur Erstellung eines Risiko Management Planes bereit, der die Unternehmen unterstützen soll. Diese Pläne werden bei Genehmigung auf der Website der EMA veröffentlicht. Dies soll die Transparenz in der Zusammenarbeit der EMA mit den Unternehmen gegenüber der Bevölkerung maximieren.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-publishes-safety-monitoring-plan-guidance-risk-management-planning-covid-19-vaccines>

Kommission; „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2020“ in Zeiten der Corona-Pandemie veröffentlicht.

Mit dem am 20.11.2020 veröffentlichten Bericht der Kommission und der OECD „Gesundheit auf einen Blick: Europa 2020“ folgt die dritte Ausgabe der Serie „Gesundheit auf einen Blick“. Die neuste Ausgabe steht in Zeiten einer zweiten Pandemie-Welle in vielen europäischen Staaten ganz im Zeichen von Schutzmaßnahmen gegen COVID-19. Neben einer Auswertung der in der ersten Welle angewendeten Maßnahmen zeigt der Bericht auf, wie das Gesundheitssystem besonders gestützt werden kann. Mit der Bewertung der Maßnahmen der europäischen Staaten liefert der Bericht fundierte Argumente für und gegen Eindämmungsmaßnahmen und liefert damit Politikern eine Argumentationsgrundlage in der zweiten Welle.

https://ec.europa.eu/newsroom/sante/newsletter-specific-archive-issue.cfm?archtype=specific&newsletter_service_id=327&newsletter_issue_id=27315&page=1&fullDate=Thu%2019%20Nov%202020&lang=default

EU-Bürger wünschen sich mehr EU-Kompetenzen in der Pandemie

In einer am 20.11.2020 veröffentlichenden EU-weiten Umfrage zur Coronapandemie sprach sich eine Mehrheit der Befragten für mehr EU-Kompetenzen aus. So wünschen sich 66% mehr Kompetenzen für die EU bei der Pandemiebekämpfung. Auch das eigene Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger zeichnet sich mit einer EU positiven Stimmung ab. So wünschen sich die Befragten ein größeres finanzielles Paket (42%) von der EU, das an Rechtsstaatlichkeit gebunden ist (77%). Die Befragungsdaten, welche zwischen September und Oktober erhoben wurden, zeigen zudem eine Fokussierung bei der Priorisierung der politischen Themen: öffentliche Gesundheit

(54%), Erholung der Konjunktur und neue Möglichkeiten für Unternehmen (42%), Klimawandel und Umweltschutz (37%), soziale Angelegenheiten (35%).

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201113IPR91602/eu-weite-umfrage-mehr-eu-befugnisse-zur-bekämpfung-der-coronakrise-gefordert>

Kommission; Vertrag mit Impfstoffhersteller Moderna genehmigt.

Mit der Genehmigung des Vertrages mit dem Pharmaunternehmen Moderna verkündete die Kommission am 25.11.2020 einen weiteren Baustein in der EU-Impfstoffstrategie. Neben bereits bestätigten Verträgen mit z.B. CureVec oder BioNTech-Pfizer sichert sich die EU mit dem neuesten Vertrag nochmals 160 Mio. Impfdosen für die eigenen Mitgliedstaaten (MS). Die ersten 80 Mio. Dosen sollen aufgeteilt, weitere 80 Mio. auf Bestellung verschickt werden. MS können zudem einen Anteil ihrer Impfdosen an weniger reiche Länder oder andere europäische Länder spenden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2200

Außen- und Verteidigungspolitik

Rat; Videokonferenz Rat für Auswärtige Angelegenheiten, Sanktionen Belarus

In seiner Tagung am 19.11.2020 verständigte sich der Rat für Auswärtige Angelegenheiten auf weitere Sanktionen gegen Verantwortliche für staatliche Gewalt in Belarus, da sich die Lage im Land weiterhin verschlechtert. Um den Druck auf die belarussische Regierung zu erhöhen, sollten die Sanktionen auf Institutionen, Unternehmer und Firmen ausgeweitet werden. Der Rat hatte bereits auf seiner letzten Tagung 15 weitere Mitglieder der belarussischen Behörden – darunter Alexander Lukaschenko sowie seinen Sohn und nationalen Sicherheitsberater Viktor Lukaschenko – auf die Liste der Personen aufgenommen, gegen die im Zusammenhang mit der andauernden gewaltsamen Unterdrückung und Einschüchterung friedlicher Demonstrierender, Oppositionsmitglieder sowie der Presse im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus Sanktionen verhängt wurden. Die Sanktionen sollen fortan für insgesamt 59 Personen gelten und umfassen Reisebeschränkungen und Kontensperrungen. Überdies sei es Personen und Organisationen aus der EU untersagt, den in der Liste aufgeführten Personen und Einrichtungen Gelder zur Verfügung zu stellen. Der Beschluss folgt auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 12.10.2020 zur Reaktion der EU auf die Entwicklungen in Belarus, in denen der Rat die Gewalt der belarussischen Behörden gegen friedliche Demonstrierende verurteilte und die Bereitschaft der EU für weitere Sanktionen äußerte (vgl. BaB 19/2020). Zuvor hatte die EU am 24.09.2020 in einer Erklärung des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, bereits die sogenannte Amtseinführung von Alexander Lukaschenko in Belarus nicht anerkannt und sich solidarisch mit der belarussischen Bevölkerung erklärt (vgl. BaB 18/2020). Die neu geplanten Sanktionen sollen nun auch auf Institutionen, Unternehmer und Firmen ausgeweitet werden. Eine entsprechende Liste werde noch ausgearbeitet. Zudem habe Borrell gemeinsam mit der Kommission Vorschläge erarbeitet, wie die EU über Sanktionen hinaus auf die Repressionen in Belarus reagieren kann. Dabei gehe es vor allem um die Verringerung der bilateralen Beziehungen zu Belarus auf staatlicher Ebene. Die EU-Außenminister sprachen zudem u.a. über eine neue transatlantische Partnerschaft nach der US-Präsidentschaftswahl sowie die Konflikte in Bergkarabach und die Lage in Afghanistan. Im Hinblick auf die zukünftigen transatlantischen Beziehungen forderte Borrell einen gemeinsamen europäischen Ansatz und betonte die Stellung der USA

als den wichtigsten strategischen Verbündeten der EU. In Bezug auf den Konflikt in Bergkarabach begrüßte die EU die von Russland vermittelte Waffenruhe vom 09.11.2020 und erklärte sich darüber hinaus bereit, einen Beitrag zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region zu leisten. Die EU fordert alle regionalen Akteure nachdrücklich zur Einhaltung der vereinbarten Waffenruhe auf. Ferner seien alle ausländischen Kämpfer rasch und vollständig aus der Region abzuziehen. Zudem sprachen die EU-Außenminister im Zusammenhang mit der anstehenden Afghanistan-Konferenz 2020 über den afghanischen Friedensprozess. Die EU erklärte sich bereit, dem Friedensprozess einen positiven Impuls zu verleihen und durch finanzielle Zusagen ein klares Zeichen von Solidarität an die afghanische Bevölkerung zu senden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/11/19/>

Rat; Videokonferenz Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung)

In seiner Tagung am 20.11.2020 hat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung) Gespräche über den Strategischen Kompass der EU für die gemeinsame strategische Ausrichtung im Bereich Sicherheit und Verteidigung geführt. Weitere Gesprächsthemen waren die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) und die Lage in Libyen und in Mali. Der Strategische Kompass zielt darauf ab, der EU eine gemeinsame strategische Richtung im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zu geben und die Umsetzung der ehrgeizigen EU-Ziele in diesem Bereich zu verbessern. Die Minister nahmen insbesondere Kenntnis von der ersten Bedrohungsanalyse auf der Grundlage der Beiträge der Nachrichtendienste der 27 EU-Mitgliedstaaten und sprachen darüber, wie auf die wachsenden Bedrohungen und Herausforderungen reagiert werden soll, denen sich die EU auf der internationalen Bühne gegenüber sieht. Zudem führten die Verteidigungsminister Gespräche über die strategische Überprüfung der SSZ und betonten, dass bis 2025 konkrete und greifbare Resultate erzielt werden müssten. Zuvor hatte sich der Rat Anfang November auf die Bedingungen für die Teilnahme von Drittstaaten an SSZ-Projekten geeinigt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/11/20/>

Kommission; Afghanistan-Konferenz

Auf der Afghanistan-Konferenz am 24.11.2020 bekräftigte die EU ihre langjährige Solidarität und Partnerschaft mit dem afghanischen Volk. Die EU plant, Afghanistan für den Zeitraum von 2021-2025 mit 1,2 Mrd. EUR für langfristige Hilfe als auch für Soforthilfe, zu unterstützen. Das afghanische Volk könne auf die Unterstützung der EU für eine friedliche Zukunft seines Landes zählen, erklärte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell. Diese Unterstützung hänge jedoch davon ab, dass Demokratie, Menschenrechte und sozialer Fortschritt geschützt werden. Mit dem Beginn innerafghanischer Friedensverhandlungen und gleichzeitig anhaltender Gewalt, stünde Afghanistan an einem Scheideweg. Aus diesem Grund müsse die EU sowohl ihre finanzielle Unterstützung als auch ihre sicherheitspolitischen und militärischen Maßnahmen in Afghanistan klug und unter Berücksichtigung langfristiger Erwägungen handhaben. Zudem forderte Borrell im laufenden Friedensprozess mehr Engagement sowie die sofortige Beendigung der Gewalt durch die Taliban. Laut Jutta Urpilainen, Kommissarin für internationale Partnerschaften, zeige das bedeutende finanzielle Engagement, die feste Entschlossenheit der EU, ein friedliches, demokratisches, souveränes und wohlhabendes Afghanistan zu fördern. Außerdem sei das Milliardenpaket an klare Bedingungen und Grundsätze geknüpft, welche in der vergangenen Woche gemeinsam von der EU und anderen wichtigen internationalen Partnern, die zusammen 80% der internationalen Hilfe für Afghanistan bereitstellen, in einem Papier formuliert wurden. Dazu gehöre vor allem ein umfassender und unter afghanischer

Führung und Eigenverantwortung stattfindender Friedensprozess, der auf den politischen und sozialen Errungenschaften der letzten 19 Jahre aufbaue.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201124-milliardenhilfe-afghanistan_de

Kommission; Aktionsplan für Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau in der EU-Außenpolitik

Die Kommission und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, legten am 25.11.2020 ihren Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau in der EU-Außenpolitik vor. Die Teilhabe und Führungsrolle von Frauen und Mädchen sei laut Borrell für Demokratie, Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit, Wohlstand und einen umweltfreundlicheren Planeten von entscheidender Bedeutung. Mit diesem neuen Aktionsplan für die Gleichstellung will die Kommission auf mehr und schnellere Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter drängen. Trotz wichtiger Fortschritte sei laut der Kommission weltweit kein Land auf dem richtigen Weg, um bis 2030 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen zu erreichen. Zudem seien Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark von den gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen. Ein stärkeres Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter sei auch der Schlüssel zu einer nachhaltigen weltweiten Erholung von der COVID-19-Krise und dem Aufbau gerechterer, inklusiver und wohlhabenderer Gesellschaften. Als geopolitische Kommission, die sich für Geschlechtergleichstellung und -gerechtigkeit einsetzt, wolle man mit den Mitgliedstaaten und Partnern enger für Gleichberechtigung zusammenarbeiten. Daher ziele der neue EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln 2021-2025 (GAP III) auf schnellere Fortschritte bei der Stärkung der Stellung von Frauen und Mädchen und die Bewahrung der Erfolge, die hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung in den 25 Jahren seit der Erklärung von Peking erzielt wurden, ab. Ein zentraler Aspekt des neuen Aktionsplans sei es, u. a. durch Förderung im Rahmen von Governance-Programmen und Reformen der öffentlichen Verwaltung, Frauen, Mädchen und junge Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Rechte uneingeschränkt wahrzunehmen sowie ihre Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu stärken. Ferner fördere der GAP III einen auf den Wandel der Geschlechterrollen gerichteten, intersektionalen Ansatz und beziehe die Geschlechtergleichstellung konsequent in alle Politikbereiche und Maßnahmen ein. Auf diese Weise sollten die strukturellen Ursachen von Geschlechterungleichheit angegangen und geschlechtsspezifische Normen sowie Stereotype in Frage gestellt werden. Letztlich soll der Aktionsplan auch andere Dimensionen der Diskriminierung angehen, wie zum Beispiel die Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen oder Migrantinnen.

https://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/empowering-women-and-girls_de

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 23.-26.11.2020 in Brüssel

Debatte zum Dezember-EU-Gipfel: MFR, Rechtsstaatsmechanismus, Impfstoffe, Terrorismus, Klimaschutzziele

In der Debatte am 25.11.2020 über den EU-Gipfel am 10. und 11.12.2020 informierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Abgeordneten über die Fortschritte

bei den Brexit-Verhandlungen und über COVID-19. Die Impfungen können noch vor Ende des Jahres beginnen, wenn die Mitgliedstaaten die Logistik schnell in Gang bringen, sagte sie. Von der Leyen forderte außerdem die POL und die HUN Regierung auf, dringend benötigte Aufbaumittel für EU-Bürger und den EU-Haushalt nicht länger zu blockieren. Die Regierungen der beiden Staaten können sich an den Europäischen Gerichtshof wenden, wenn sie anfechten, dass die Rechtsstaatskonditionalität im Einklang mit den Verträgen steht, sagte sie. Schließlich verwies sie auf die weiter schwelende Klimakrise und drängte die Mitgliedstaaten, sich auf ehrgeizige Ziele zur CO2-Reduzierung zu einigen. Sie kündigte auch an, dass die Kommission am 09.12.2020 eine neue Agenda für den Kampf gegen den Terrorismus vorlegen werde. Alle Fraktionsvorsitzenden forderten den Europäischen Rat nachdrücklich auf, sich auf den langfristigen Haushalt zu einigen und damit EU-Mittel zur Linderung der Wirtschaftskrise zu ermöglichen. Die Redner der ECR und der ID-Fraktion hielten das Veto der HUN und der POL Regierung für legitim, während alle anderen Fraktionsvorsitzenden forderten, die festgefahrene Situation zu durchbrechen, ohne bei rechtsstaatlichen Prinzipien nachzugeben. Der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Manfred Weber (EVP/DEU) bezeichnete das Verhalten von POL und HUN als „schlicht und einfach unverantwortlich“. Die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García Pérez (S&D/ESP) kündigte an, das Parlament werde an der erzielten Vereinbarung „nicht ein Komma ändern“. Die EU sei „kein Basar“. Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Ciolos (RN/ROM) sprach von „autoritären Politikern, die nicht mehr auf ihre Menschen hören“. Er warf HUN Ministerpräsident Viktor Orban und dem POL Regierungschef Mateusz Morawiecki vor, „Europa als Geisel“ genommen zu haben. Die GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Ska Keller (GRÜNE/DEU) nannte die Blockade eine „zynische Missachtung der Bedürfnisse der eigenen Bürger.“ Denn durch das Veto des Corona-Hilfsfonds und des Haushalts würden auch die Menschen in HUN und POL getroffen. Der GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Martin Schirdewan (GUE/DEU) nannte das Vorgehen „völlig inakzeptabel“. Der ID-Fraktionsvorsitzende MdEP Marco ZANNI (ID/ITL) sprach dagegen von zwei Mitgliedstaaten, die legitimerweise ihr Veto gegen eine Vereinbarung einlegten. Immer, wenn so etwas passiere, liege die Verantwortung auf beiden Seiten. Die größte Verantwortung liege bei denen, die diejenigen bestrafen wollten, die nicht die Einheitsgedanken vertreten. Für die ECR-Fraktion erklärte MdEP Beate Szydlo (ECR/POL), an dieser Stelle breche das EP die eigenen Grundsätze, denn von einer Verbindung zwischen EU-Geldern und Rechtsstaatsprinzip sei in den Verträgen keine Rede.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-11-25-ITM-006_DE.html

Medienfreiheit; Maßnahmen gegen Kritiker und Journalisten besorgniserregend

Die Medienfreiheit in der EU ist in Gefahr. Darauf weist das EP in einer Entschließung hin, die am 25.11.2020 im Rahmen des Berichts von MdEP Magdalena Adamowicz (EVP/POL) mit einer Mehrheit von 553 - 54 - 89 angenommen wurde. Die Regierungen einiger Mitgliedstaaten versuchten, kritische und unabhängige Medien zum Schweigen zu bringen und Medienfreiheit und -pluralismus einzuschränken. Besondere Sorgen bereitet den Abgeordneten der Zustand der öffentlich-rechtlichen Medien in einigen EU-Mitgliedstaaten. Sie seien dort zu regierungsfreundlichen Propagandakanälen mutiert. Medienfreiheit, Pluralismus, Unabhängigkeit und Sicherheit von Journalisten sind nach Auffassung des EP zentrale Bestandteile des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit und für die Demokratie in der EU von wesentlicher Bedeutung. In den letzten Jahren habe die Medienfreiheit abgenommen, und die Coronavirus-Pandemie habe diese Tendenz noch verstärkt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0320_DE.html

Produktsicherheit im Binnenmarkt

Eine EntschlieÙung zur Produktsicherheit im Binnenmarkt wurde am 25.11.2020 im Rahmen des Berichts von MdEP Marion Walsmann (EVP/DEU) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 688 - 8 - 1 angenommen. Darin fordert das EP größere Anstrengungen, um unsichere Produkte vom EU-Markt zu entfernen und die Produktsicherheitsvorschriften an das digitale Zeitalter anzupassen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0319_DE.html

EP stellt Entwurf für neue Industriestrategie vor

Eine Änderung des industriepolitischen Ansatzes der EU würde den Unternehmen helfen, die Krise zu bewältigen und sich dem digitalen und ökologischen Wandel zu stellen, stellt das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Carlo Calenda (S&D/ITL) fest. In dem am 25.11.2020 mit einer Mehrheit von 486 - 109 - 102 angenommenen Bericht fordern die Abgeordneten die Kommission dazu auf, eine überarbeitete Industriestrategie vorzulegen (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

Debatte zur Lage im türkisch besetzten Nordzypern

In einer EntschlieÙung, die am 26.11.2020 mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 631 - 3 - 59 angenommen wurde, verurteilen die Abgeordneten die illegalen Aktivitäten der Türkei im Vorort Varosha der Stadt Famagusta und warnen, dass ihre teilweise "Öffnung" die Aussichten auf eine umfassende Lösung des Zypernproblems schwächt, die Spaltungen verschärft und die dauerhafte Teilung der Insel festschreibt. Die Abgeordneten fordern die Türkei auf, Varosha an seine rechtmäßigen Bewohner unter der vorübergehenden Verwaltung der UNO (in Übereinstimmung mit der Resolution 550 (1984) des UN-Sicherheitsrates) zu übergeben und alle Handlungen zu unterlassen, die das demographische Gleichgewicht auf der Insel durch eine Politik der illegalen Besiedlung verändern. Die Abgeordneten fordern den Europäischen Rat auf, seine einheitliche Position zu den illegalen Aktionen der Türkei beizubehalten und daraufhin harte Sanktionen zu verhängen. Da sich die Türkei immer mehr von den europäischen Werten und Normen entfernt, sind die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei auf einem historischen Tiefpunkt, warnt das EP. Ihre illegalen und unilateralen Militäraktionen im östlichen Mittelmeerraum verletzen die Souveränität der EU-Mitgliedstaaten GRI und CYP. Die Abgeordneten weisen auch auf die direkte Unterstützung der Türkei für Aserbaidschan im Berg-Karabach-Konflikt sowie auf ihre Aktionen in Libyen und Syrien hin.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0332_DE.html

Bestandsaufnahme zu den Wahlen zum Europäischen Parlament

Am 26.11.2020 nahm das EP mit einer Mehrheit von 468 - 194 - 34 im Rahmen des Berichts Pascal Durant (RN/FRA) eine EntschlieÙung an, die Schlussfolgerungen aus den Europawahlen im Mai 2019 zieht. Ziel des Parlaments sei es, auf der Grundlage der Lehren aus den Europawahlen 2019 die Demokratie zu stärken und eine uneingeschränkte Beteiligung zu ermöglichen. Das Parlament räumt ein, dass der Spitzenkandidatenprozess 2019 gescheitert ist, weil er nach 2014 nicht verbessert wurde und es an Wählerbewusstsein mangelte, und besteht darauf, dass alle Wähler die Möglichkeit haben sollten, für ihren bevorzugten Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zu stimmen, und weist darauf hin, dass derzeit nichts die europäischen Parteien und Bewegungen daran hindert, ein gemeinsames Programm und einen einzigen Spitzenkandidaten der Koalition vorzuschlagen. Mögliche Reformen sollten vor den Wahlen 2024 in Betracht gezogen werden, wie z.B. die Fernabstimmung unter bestimmten Umständen, die Herabsetzung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre, gemeinsame Zulassungs-, Wahlkampf- und Finanzierungsregeln und die Einrichtung einer Europäischen Wahlbehörde. Die

bevorstehende Konferenz über die Zukunft Europas könnte sich mit diesen und anderen Themen befassen, wie z.B. transnationale Listen, die die Sichtbarkeit europäischer politischer Parteien und Bewegungen erhöhen würden, die Schaffung einer kollektiven Verantwortung für die Kommission und die Umwandlung des Rates in eine zweite EU-Gesetzgebungskammer.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0327_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionsitzung

Am 19.11.2020 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Überprüfung der Handelspolitik“. Außerdem fand ein Meinungsaustausch zum Thema „Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164350&meetingSessionId=2204157>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 23.11.2020 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für natürliche Ressourcen statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Agrarökologie“. Außerdem fanden Meinungsaustausche zu den Themen „Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise“ sowie „ein neues Konzept der Meeresstrategie für den Atlantik – Aktionsplan für den Atlantik 2.0“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164788&meetingSessionId=2204697>

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 25.11.2020 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz“, „Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation – Stärkung der Jugendgarantie“ sowie „Neustart der Kultur- und Kreativwirtschaft“. Außerdem fanden Meinungsaustausche zu den Themen „Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Rassismus 2020-2025“, „Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027“ sowie „Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2172102&meetingSessionId=2214391>

AdR; COTER-Fachkommissionsitzung

Am 26.11.2020 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionspolitik statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173259&meetingSessionId=2215950>

Rat; Schlussfolgerungen zu einer dynamischeren, widerstandsfähigeren und wettbewerbsfähigeren europäischen Industrie

Der Rat hat am 16.11.2020 im schriftlichen Verfahren Schlussfolgerungen zum Thema „Ein Aufschwung, der den Übergang zu einer dynamischeren, widerstandsfähigeren und wettbewerbsfähigeren europäischen Industrie voranbringt“ angenommen. Der Rat betont in seinen Schlussfolgerungen, dass für eine Erholung von der COVID-19-Pandemie europäische Solidarität erforderlich ist. Der ökologische und digitale Wandel soll auf den Grundsätzen der Wettbewerbsfähigkeit, der Integration des Binnenmarkts, der Nachhaltigkeit, des Zusammenhalts, der Inklusivität, der Kreislaufwirtschaft, des Umweltschutzes, der Solidarität und der Einhaltung sozialer Standards beruhen. Die Schlussfolgerungen bekräftigen die Wichtigkeit, strategische Autonomie zu erreichen und gleichzeitig eine offene Wirtschaft in industriellen Ökosystemen und in spezifischen Bereichen wie Gesundheitswesen, Verteidigungsindustrie, Weltraum, Digitalisierung, Energie und kritische Rohstoffe zu bewahren. Um ein nachhaltiges, attraktives und wettbewerbsfähiges Geschäftsumfeld zu schaffen, müsse eine verstärkte und engere europäische Zusammenarbeit und Integration stattfinden. Die Kommission wird ersucht, bis Ende März 2021 wesentliche Leistungsindikatoren für die Überwachung der Industriestrategie und der Wettbewerbsfähigkeit festzulegen. Auf der Grundlage dieser Schlussfolgerungen führten die Wirtschaftsministerinnen und -minister im Rahmen einer Videokonferenz am 19.11.2020 eine informelle Orientierungsaussprache. Die Ministerinnen und Minister waren sich weitgehend darin einig, dass der grüne Wandel der EU-Industrie eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Klimaneutralität und anderer Klimaziele ist. Die Aktualisierung der „neuen Industriestrategie für Europa“ sollte daher mehr Investitionen in nachhaltige, ökologische und digitale Innovationen und eine europaweite stärkere Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen und ökologischen Schlüsseltechnologien anstoßen. Unterstrichen wurde in der Debatte auch, dass die geeignetste und effizienteste Weise gefunden werden muss, um den grünen Wandel voranzutreiben und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie zu stärken, insbesondere die der energieintensiven Wirtschaftszweige. Es wurde aber auch betont, dass die Industrie Klarheit und Vorhersehbarkeit benötige. Weitere wichtige Aspekte waren u.a. die notwendige Förderung von Kreislaufwirtschaft und Industrieallianzen sowie die bedeutende Rolle, die Forschung und Innovation zukommt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13004-2020-INIT/de/pdf>

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2020/11/19/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Video+conference+of+internal+market+and+industry+ministers#

Kommission; Neues Beschwerdesystem zur Bekämpfung von Handelshemmnissen und Verletzungen nachhaltiger Handelsverpflichtungen

Die Kommission hat am 16.11.2020 ein neues Beschwerdesystem eingeführt, mit dessen Hilfe Marktzugangshindernisse als auch Verstöße im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung, die in EU-Handelsabkommen und Allgemeinen Präferenzsystemen bestehen, gemeldet werden können. Dadurch sollen Handelsabkommen besser durchgesetzt und umgesetzt werden. Die Beschwerden können sowohl von den Mitgliedstaaten als auch von einzelnen Unternehmen, Unternehmens-/Handelsverbänden, Organisationen der Zivilgesellschaft und auch von Bürgerinnen und Bürgern der EU erfolgen. Über das Portal „Acces2Markets“ auf der Website der Generaldirektion Handel werden Beschwerdeformulare zur Verfügung stehen. Nachdem die Beschwerde übermittelt wurde, wird der Beschwerdeführer

darüber informiert, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden. Das Inkrafttreten des neuen Beschwerdesystems wird von zwei Bekanntmachungen auf der Website der Generaldirektion Handel begleitet. Zum einen handelt es sich um einen Leitfaden zur Funktionsweise des Systems und zum anderen um Angaben zu den umfassenderen Arbeitsmethoden für die Durchsetzungs- und Umsetzungsarbeit der Generaldirektion Handel unter Federführung des Leitenden Handelsbeauftragten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2134

Europäischer Rechnungshof; Bericht über EU-Fusionskontroll- und Kartellrechtsverfahren

Am 19.11.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen Bericht, in dem er untersuchte, wie wirksam die Kommission Fusion- und Kartellverstöße gegen EU-Wettbewerbsregeln aufdeckt und durchsetzt. Er stellt fest, dass die Kommission ihre Befugnisse gut genutzt und mit ihren Entscheidungen wettbewerbsrechtlichen Bedenken Rechnung getragen hat. Allerdings wären die Kapazitäten zur Aufdeckung und Überwachung begrenzt, da auf digitalen Märkten immer größere Datenmengen analysiert werden müssen und nur beschränkt Durchsetzungsinstrumente zur Verfügung stehen. Der EuRH sprach die Empfehlung aus, dass die Kommission enger mit den nationalen Wettbewerbsbehörden zusammenarbeiten und die Leistungsberichterstattung verbessern sollte.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_24/SR_Competition_policy_DE.pdf

Kommission; Verweis eines neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmens durch Telefónica S.A. und Liberty Global PLC an britische Wettbewerbsbehörde

Die Kommission verwies durch Beschluss vom 19.11.2020 eine geplante Übernahme des neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmens auf Antrag an die britischen Verbraucher- und Marktaufsichtsbehörde (CMA). In dem Gemeinschaftsunternehmen sollen Telefónica UK Limited („O2“) und die Liberty-Global-Tochter Virgin Media („Virgin Media“) zusammengeführt werden. Beide sind als Telekommunikationsunternehmen in GBR tätig. Dies könnte nach Ansicht der Kommission den Wettbewerb auf dem britischen Kommunikationsmarkt beeinträchtigen, da beide zu den großen Anbietern gehören. Die CMA soll das Vorhaben nach britischem Recht prüfen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2164

Rat; Erklärung der Mitglieder des Rats des Europäischen Wirtschaftsraums

Am 18.11.2020 nahmen die Mitglieder des Rats des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) eine gemeinsame Erklärung an. Sie betonten darin, wie wichtig die Zusammenarbeit der EU und den dem EWR angehörenden Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA-Staaten) ist, um die COVID-19-Krise zu überwinden und die Gewährleistung der Integrität des Binnenmarkts und das reibungslose Funktionieren des EWR-Abkommens weiterhin zu ermöglichen. Sie bestätigten ihre Unterstützung für das EWR-Abkommen als dauerhafte Grundlage für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den dem EWR angehörenden EFTA-Staaten. Zudem wurde die große Bedeutung der gemeinsamen Regeln und gleichen Bedingungen für den Wettbewerb und die staatlichen Beihilfen im Binnenmarkt betont, auch wenn die Beihilferegeln aufgrund der COVID-19-Krise angepasst werden müssten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/11/18/joint-statement-of-the-members-of-the-eea-council/>

Rat; EP; Einigung über die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas „REACT-EU“

Rat und EP haben sich im Rahmen von Trilogverhandlungen am 18.11.2020 auf den Verordnungstext zu „REACT-EU“ geeinigt. REACT-EU ist eine Initiative, mit der die Maßnahmen zur Krisenbewältigung und zur Linderung der Krisenfolgen im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII) und Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII+) Pakete weitergeführt und ausgebaut werden. Sie soll zu einem grünen, digitalen und stabilen Wiederaufbau der Wirtschaft beitragen, indem neue zusätzliche Mittel für bestehende kohäsionspolitische Programme bereitgestellt werden (vgl. BaB 11/2020). Die Gesamtmittelausstattung von REACT-EU hängt von der Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen ab. Die Einigung über den Verordnungstext enthält u.a. das Element, dass die Mitgliedstaaten völlig flexibel sind bei der Festlegung der Anteile der Mittel für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds – einschließlich der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen –, und den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen. Zudem soll es auch keine vorab festgelegte Aufschlüsselung nach Regionenkategorien geben, damit die Mittel dorthin geleitet werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Die EU-Kofinanzierung für Investitionen kann bis zu 100 % betragen. Entsprechend CRII und CRII+ sind die Ausgaben – sowohl für physisch abgeschlossene als auch vollständig durchgeführte Vorhaben (sofern sie ab dem 01.02.2020 angelaufen sind) – rückwirkend ab dem 01.02.2020 förderfähig. Die Förderfähigkeit der Ausgaben endet am 31.12.2023. Der Verordnungstext muss jetzt noch formell von EP und Rat angenommen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2140

Rat; Videokonferenz auf Ministerebene „Raumfahrt“

Am 20.11.2020 tauschten sich die Ministerinnen und Minister im Rahmen einer Videokonferenz über die Rolle Europas in der globalen Weltraumwirtschaft aus. Sie wiesen darauf hin, dass die Leitlinien des Europäischen Rates zur Gewährleistung und Entwicklung der strategischen Autonomie der EU auch im Bereich der Raumfahrt umgesetzt werden müssen. Sie betonten zudem die Bedeutung des Raumfahrtsektors vor allem im Zusammenhang mit dem ökologischen und digitalen Wandel. Zudem wiesen sie auf die Bedeutung von Cybersicherheit, starke Zusammenarbeit und Koordinierung hin. Damit die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie gestärkt werden kann, werde ein günstiges Umfeld benötigt, um innovative Lösungen und Finanzierungslösungen anbieten zu können. Zudem müssten für alle Akteure gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden, um einen fairen globalen Raumfahrtmarkt zu erreichen. Auch der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums wurde ebenfalls als wichtiges Thema angesprochen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2020/11/20/>

Rat; Zustimmung zum Abkommen über geografische Angaben

Der Rat stimmte am 23.11.2020 für das Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der geografischen Angaben und deren Schutz. Das Abkommen soll 100 europäische Produkte mit geografischen Angaben (GIs) – wie Feta, Münchener Bier, Polska Wódka oder Queso Manchego – vor Missbrauch und Nachahmung in China schützen. Gleichmaßen sollen 100 chinesische Produkte in der EU geschützt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/11/23/eu-china-council-gives-final-green-light-to-the-agreement-on-geographical-indications/>

Rat; Videokonferenz auf Ministerebene „Entwicklung“

Am 23.11.2020 erörterten die EU-Entwicklungsministerinnen und -minister im Rahmen einer Videokonferenz die Themen Schuldenerlass, Investitionen und Ziele für nachhaltige Entwicklung. Sie nahmen zur Kenntnis, dass die Länder, die von einer übermäßigen Schuldenlast betroffen sind, stärker unter den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie leiden. Sie erörterten, wie die Bemühungen um einen Schuldenerlass auf multilateraler Ebene und Länderebene ergänzt werden können und die Partnerländer bei der Vorbereitung auf einen stabilen, dauerhaften und umweltverträglichen Aufschwung unterstützt werden können. Sie kündigten einen Beitrag in Höhe von 183 Mio. EUR seitens der EU zum Treuhandfonds für Katastropheneindämmung an.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2020/11/23/>

EuGH; Urteil zur Zuständigkeit für Unterlassungsklagen wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung

Der EuGH entschied in seinem Urteil vom 24.11.2020 in der Rechtssache C-59/19, dass die Zuständigkeit des Gerichts in dem Mitgliedstaat liegt, in dem sich das Hotel befindet, welches die Plattform Booking.com auf Unterlassung eines etwaigen Missbrauchs einer beherrschenden Stellung verklagt. Die Wikingerhof GmbH & Co. KG (Wikingerhof) aus DEU hatte in DEU gegen die Booking.com BV (Booking.com) geklagt, damit diese es unterlässt, auf der Buchungsplattform für Unterkünfte einen von Wikingerhof ausgewiesenen Preis ohne deren Einwilligung mit der Bezeichnung „vergünstigter Preis“ oder „rabattierter Preis“ zu versehen, ihr den Zugang zu den von ihren Vertragspartnern über die Plattform überlassenen Kontaktdaten vorzuenthalten und die Platzierung des von ihr betriebenen Hotels bei Suchanfragen von der Gewährung einer 15 % übersteigenden Provision abhängig zu machen. Das Landgericht Kiel erklärte sich für unzuständig und der Bundesgerichtshof wandte sich nach eingelegter Revision an den EuGH mit dem Vorabentscheidungsersuchen, ob Art.7 Nr. 2 der Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen für eine Klage gilt, die auf die Unterlassung bestimmter Verhaltensweisen im Rahmen einer Vertragsbeziehung zwischen dem Kläger und dem Beklagten gerichtet ist und die darauf gestützt wird, dass der Beklagte unter Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht seine beherrschende Stellung missbräuchlich ausnutze. Der EuGH kommt zum Ergebnis, dass Gerichte in DEU für diesen Fall zuständig sind, da der Missbrauch einer beherrschenden Stellung eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüche aus einer solchen Handlung im Sinne von Art.7 Nr. 2 der o.a. Verordnung darstellt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-11/cp200147de.pdf>

Kommission; Suchdatenbank für geografische Angaben

Am 25.11.2020 wurde GView, die neue Suchdatenbank für auf Ebene der EU geschützte geografische Angaben (GIs) eingeführt. Diese soll für Verbraucher, Hersteller und Fachleute im Bereich des geistigen Eigentums als Anlaufstelle dienen, um Daten über GIs zu finden, die in der EU registriert sind, die aus Nicht-EU-Ländern stammen, aber durch Abkommen auf EU-Ebene geschützt sind und die GIs der EU, die in Nicht-EU-Ländern geschützt sind. GView enthält Daten wie Art der GIs, Prioritätsdatum, Rechtsstatus, Schutzgrundlage in Bezug auf alle GIs, die auf EU-Ebene geschützte Weine, Spirituosen und aromatisierte Weine, Agrarerzeugnisse und Lebensmittel betreffen.

https://ec.europa.eu/info/news/new-search-database-geographical-indications-eu-2020-nov-25_enhttps://www.tmdn.org/giview/

Kommission; Geldbuße wegen Verstoßes gegen Kartellrecht gegen Teva und Cephalon

Die Kommission hat durch Beschluss vom 26.11.2020 die Pharmaunternehmen Teva und Cephalon mit einer Geldbuße in Höhe von 60 Mio. EUR belegt. Diese hatten vereinbart, die Markteinführung eines preisgünstigeren Generikums des Cephalon-Arzneimittels gegen Schlafstörungen Modafinil nach Ablauf der Hauptpatente von Cephalon um mehrere Jahre zu verzögern. Dadurch blieben die Preise für Modafinil hoch und verursachten erhebliche Schäden für Patienten und Gesundheitssysteme in der EU. Die Vereinbarung stellte laut Kommission einen Verstoß gegen EU-Kartellrecht dar. Durch eine Patentvergleichsvereinbarung wurde Teva von Cephalon dazu veranlasst, kein preisgünstigeres Modafinil-Produkt auf den Markt zu bringen, obwohl Teva über eigene Patente für das Herstellungsverfahren verfügte und sein eigenes Generikum auf den Markt hätte bringen können. Im Gegenzug erhielt Teva Barzahlungen und vorteilhafte Nebenabsprachen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2220

EuGH; Urteil zum Missbrauch einer beherrschenden Stellung eines staatlichen Eisenbahnunternehmens

In seinem Urteil am 18.11.2020 entschied der EuGH in der Rechtssache T-814/17, dass das staatliche Eisenbahnunternehmen in LIT seine beherrschende Stellung auf dem litauischen Markt für den Schienengüterverkehr missbraucht hat. Die Orlen Lietuva AB („Orlen“) hatte bei der Kommission Beschwerde eingelegt, da die Lietuvosgeležinkeliai AB („LG“) eine Gleisstrecke entfernte, die für Orlen notwendig war, um die geplante Beauftragung Latvijas dzelzceļš, die staatliche Eisenbahngesellschaft LET („LDZ“) durchzuführen, nachdem sie die Geschäftsbeziehung mit LG nicht mehr aufrechterhalten wollte. Die Kommission entschied durch Beschluss vom 02.10.2017, dass LG dadurch ihre beherrschende Stellung als Betreiberin der litauischen Eisenbahninfrastruktur missbraucht habe, da sie die LDZ am Eintritt in den Markt gehindert habe. Die Kommission verhängte eine Geldbuße in Höhe von 27.873.000 EUR. LG erhob daraufhin Klage bei EuGH gegen den Beschluss. Der EuGH bestätigte den Beschluss der Kommission, setzte jedoch die Geldbuße auf 20.068.650 EUR herab. Das Handeln der LG sei so zu bewerten, dass es den Markteintritt durch die Erschwerung des Marktzugangs behindern und so eine wettbewerbswidrige Marktabschottung bewirken kann.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-11/cp200140de.pdf>

Kommission; Genehmigung der Übernahme Netinera Deutschland durch Trenitalia

Die Kommission genehmigte mit Beschluss vom 25.11.2020 den Erwerb der alleinigen Kontrolle über die deutsche Netinera Deutschland GmbH ("Netinera") durch das italienische Unternehmen Trenitalia S.p.A. ("Trenitalia"). Netinera betreibt in DEU regionale Schienen- und Bus-Personenverkehrsdienste auf der Grundlage öffentlicher Dienstleistungsaufträge. Trenitalia ist im Nah-, Fern- und internationalen Schienenpersonenverkehr und den damit verbundenen Dienstleistungen in ITL, GRI und GBR tätig. Die geplante Übernahme werfe keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken auf, da sie sich lediglich begrenzt auswirke.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_9996

EP; Annahme des Initiativberichts für eine neue EU-Industriestrategie

Die MdEP nahmen am 25.11.2020 den Initiativbericht von MdEP Carlo Calendo (S&D/ITA) zu einer neuen Industriestrategie der EU an. Darin wird die Kommission aufgefordert, eine umfassende überarbeitete Industriestrategie vorzulegen, die einen

klaren politischen Rahmen und Rechtssicherheit bietet und unter anderem die Voraussetzungen für anhaltendes Wachstum schafft und den Wohlstand und die globale Wettbewerbsfähigkeit der Union verwirklicht. Sie soll aber auch die finanziellen Ressourcen in angemessener Höhe und Maßnahmen für den Aufbau mobilisieren und den doppelten Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft fördern und bewältigen und gleichzeitig hochwertige Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Zudem soll sie dem Europäischen Grünen Deal zum Erfolg verhelfen und die strategischen Wertschöpfungsketten sichern, nachhaltiger machen, diversifizieren und digitalisieren, indem sie beispielsweise einen regelbasierten internationalen Handel fördert und unterstützt. Gefordert wird auch die Stärkung des Unternehmerteumes und die Schaffung eines unternehmensfreundlichen Umfelds, welches KMU unterstützt und zur Gründung und zum Ausbau von Unternehmen einschließlich Start-ups anregt. Zudem muss laut Bericht die strategische Resilienz und Autonomie der EU auch mit Blick auf Rohstoffe verbessert und ihre technologische Führungsrolle ausgebaut werden. Wichtig wäre zudem, die Voraussetzungen für eine gleichmäßige Entwicklung zu schaffen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0321_DE.html

Kommission; Fortsetzung des Dialogs mit der Autoindustrie zu einer neuen Abgasnorm

Laut Presseverlautbarung vom 20.11.2020 will die Kommission ihren Dialog mit der Autoindustrie zu einer neuen Abgasnorm fortsetzen. Die künftige Euro-7-Norm soll u.a. neue Emissionsgrenzwerte für die gesundheitsschädlichen Stickoxide festlegen. Zur Vorbereitung des Gesetzgebungsvorschlags ist die Kommission bereits seit 2018 in konstantem Austausch mit Wissenschaft, Automobilwirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Höchstwert der Luftverschmutzung, den Fahrzeuge ausstoßen dürfen, wurde vor fast einem Jahrzehnt festgelegt. Als Teil der Vorbereitungsarbeiten für einen Gesetzgebungsvorschlag stützt sich die Kommission auf wissenschaftliche Studien und Expertengruppen sowie solide Erkenntnisse der gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission. An den Vorbereitungen für die Kommission ist auch die Beratergruppe für Fahrzeugemissionsnormen (Advisory Group on Vehicle Emission Standards, AGVES) beteiligt, in der Sachverständige aus der Industrie, Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen und Mitgliedstaaten zusammenkommen. Es wurde laut Presseverlautbarung der Kommission bisher keine Entscheidung über die Architektur, den Umfang, die Grenzen oder den Zeitplan der künftigen Euro-7-Norm getroffen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201120-autos-dialog_de

V e r k e h r

EP; Rat; Einigung über die Ausrufung des Jahres 2021 zum Europäischen Jahr der Eisenbahn

Am 12.11.2020 einigte sich das EP und der Rat vorläufig über die Ausrufung des Jahres 2021 zum Europäischen Jahr der Eisenbahn. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die Kommission im März 2020 gemacht. Dadurch soll die Schiene als nachhaltiger, sicherer und innovativer Verkehrsträger gefördert werden. Es sind eine Reihe von Projekten, Veranstaltungen und Initiativen vorgesehen. Darunter fallen u.a. Durchführbarkeitsstudien über ein Instrument zur Messung der Bahnverbindung und über die Schaffung eines europäischen Labels zur Förderung von Gütern und Produkten, die auf der Schiene transportiert werden. Das EP und der Rat müssen nun die entsprechende Vereinbarung noch formell genehmigen.

Energie

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über erneuerbare Energien und der Richtlinie über Energieeffizienz

Die Kommission eröffnete am 17.11.2020 zwei Konsultationen zur Überarbeitung der Richtlinie über erneuerbare Energien und der Richtlinie über Energieeffizienz. Dies soll der Vorbereitung der Überarbeitung der Richtlinienvorschläge dienen. Die Überarbeitung wird als erforderlich angesehen, angesichts des im September vorgelegten Klimazielpfad 2030 der Kommission, der eine Reduzierung der Treibhausgase (THG) bis 2030 von 55% vorsieht, statt wie bisher 40%. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz seien dafür von entscheidender Bedeutung. Für die Strategie der Energiesystemintegration, die Wasserstoff-Strategie, die Renovierungswelle und die Strategie für erneuerbare Offshore-Energie bedarf es aus Sicht der Kommission ebenfalls einer Überarbeitung dieser Richtlinien. Die Konsultationsfrist endet am 09.01.2021.

https://ec.europa.eu/info/news/public-consultations-launched-reviewing-eu-directives-energy-efficiency-and-renewable-energy-2020-nov-17_en

Kommission; EU-Strategie für erneuerbare Offshore-Energie

Die Kommission hat am 19.11.2020 eine neue Strategie für erneuerbare Offshore-Energie vorgelegt. Danach sollen bis 2030 die Offshore-Windkapazitäten Europas von derzeit 12 Gigawatt (GW) auf mindestens 60 GW ausgebaut werden und bis 2050 auf 300 GW. Zudem sollen durch Meeresenergie (40 GW) und andere, neue Technologien wie schwimmende Wind- und Solaranlagen die Ziele bis 2050 ergänzt werden. Das Wachstum der erneuerbaren Energien soll neue Wege in der Industrie ermöglichen, zur Schaffung grüner Arbeitsplätze beitragen und die Position der EU bei Offshore-Energietechnologien stärken. Zudem soll dadurch die Umwelt geschützt und Biodiversität sowie Fischerei sichergestellt werden. Die Mitgliedstaaten müssten enger zusammenarbeiten und die Ziele der Offshore-Energie entsprechend in ihre Raumordnungspläne aufnehmen.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/offshore_renewable_energy_strategy.pdf

Kommission; Genehmigung eines von DEU beantragten Ausschreibungsmechanismus

Die Kommission hat mit Beschluss vom 25.11.2020 einen von DEU angemeldeten Ausschreibungsmechanismus genehmigt, über den Steinkohlekraftwerke für ihre frühzeitige Stilllegung entschädigt werden sollen. Bis Ende 2038 soll in DEU die Verstromung durch Kohle abgeschafft werden und durch die Stilllegungsprämie soll die frühzeitige Stilllegung der Kraftwerke gefördert werden. Zudem soll dadurch die Energieversorgungssicherheit gewährleistet bleiben, indem die Stilllegung geordnet abläuft. Die Energieregulierungsbehörde wird zwischen 2020 und 2023 sieben Ausschreibungen für die Stilllegung veröffentlichen, die jährlich bis 2026 stattfinden sollen. Wer den Zuschlag erhält, wird von der Energieregulierungsbehörde aufgrund transparenter Kriterien bestimmt. Die Kommission stellte fest, dass die Ausschreibungen aufgrund von Vorkehrungen wettbewerbsorientiert sind und der Beitrag der Maßnahme zu den EU-Klimazielen schwerer wiegt als eine etwaige Verfälschung des Wettbewerbs.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2208

Kommission; deutsche Beihilfenregelung zum Breitbandausbau genehmigt

Die Kommission hat am 13.11.2020 bekannt gegeben, die deutsche Beihilfenregelung zum Ausbau von sehr schnellen Breitbandnetzen mit Gigabit-Übertragungsgeschwindigkeit (sog. „Graue-Flecken-Förderprogramm“) genehmigt zu haben. Die Bundesregierung hatte die Regelung bei der Kommission zur beihilfenrechtlichen Genehmigung entsprechend der EU-Breitbandleitlinien angemeldet. Für die Regelung sind nationale Haushaltsmittel von 6 Mrd. EUR veranschlagt, die durch Beiträge aus regionalen und lokalen Haushalten für die einzelnen Förderprojekte ergänzt werden, sodass sich die Gesamtmittelausstattung auf bis zu 12 Mrd. EUR beläuft. Mit den neuen Netzen kann eine Übertragungsgeschwindigkeit von 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s) im Upload und im Download („symmetrisch“) erreicht werden. Vorgesehen ist ein zweistufiger Ansatz: In der ersten Ausbaustufe wird die Errichtung von Gigabit-Infrastruktur für Haushalte unterstützt, die bislang nur Zugang zu einer Internetverbindung mit weniger als 100 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) haben (sog. graue Flecken). In der zweiten Ausbaustufe ab 01.01.2023 entfällt diese Aufgreifschwelle. Dann wird der Aufbau von Gigabit-Infrastruktur für Haushalte, die bereits Zugang zu einer Internetverbindung mit 100 Mbit/s haben, aber nicht zu einem Netz, das sehr hohe Geschwindigkeiten von bis zu 1 Gbit/s bietet, öffentlich förderfähig sein (Aufgreifschwelle dann: 200 Mbit/s symmetrisch). Durch die Umsetzung dieser zweiten Ausbaustufe will DEU bis Ende 2025 allen Bürgerinnen und Bürgern Gigabit-Netze zur Verfügung stellen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201113-beihilfenregelung-gigabit_de

Kommission; Verordnungsvorschlag über „Daten Governance“

Die Kommission hat am 25.11.2020 den Vorschlag für eine Verordnung über „europäische Daten-Governance“ vorgelegt, sog. Daten-Governance-Gesetz. Die Verordnung soll einen horizontalen Rechtsrahmen für die Verwaltung/Steuerung (sog. Governance) gemeinsamer europäischer Datenräume schaffen, auf dem dann sektorspezifische Datenräume (z.B. im Bereich Gesundheit, Klima, Mobilität und Landwirtschaft) aufbauen können. Die Verordnung enthält drei „Säulen“: Vorschriften zur Weiterverwendung geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen, einen Rechtsrahmen für Datenintermediäre (Daten-Makler) und einen Rechtsrahmen für Daten-Altruismus. Die neue Verordnung begründet kein Recht auf Weiterverwendung der Daten im Besitz öffentlicher Stellen, sondern sieht harmonisierte Bedingungen vor, unter denen die Weiterverwendung der Daten erlaubt werden kann. Ziel ist, Vertrauen aufzubauen und so die Datenmenge, die zur Weiternutzung zur Verfügung gestellt wird, zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten müssen eine zentrale Anlaufstelle einrichten, die Wissenschaftler und innovative Unternehmen bei der Ermittlung geeigneter Daten unterstützt. Die Kommission hatte den Vorschlag bereits in ihrer Mitteilung „Eine europäische Datenstrategie“ vom 19.02.2020 angekündigt. Im kommenden Jahr wird sie einen zweiten, den vorliegenden Rechtsakt ergänzenden Verordnungsvorschlag vorlegen: den sog. „Data Act“, der die Beziehungen zwischen den Akteuren der Datenwirtschaft regeln wird, z.B. hinsichtlich von Zugangsrechten zu Daten.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/proposal-regulation-european-data-governance-data-governance-act>

Forschung

EuGH; Gerichtshof verurteilt Ungarn; Streitfall Central European University

Der EuGH hat in seinem Urteil am 07.10.2020 geurteilt, dass HUN ausländische und inländische Hochschulen gleichbehandeln muss. Streitfall vor Gericht war das Vorgehen der ungarischen Regierung gegen die ehemals in Budapest ansässige Central European University (CEU). Die CEU konnte keinen mit der Regierung unterzeichneten Vertrag zum Betrieb der Hochschule in Budapest vorweisen. Die Kommission hatte wegen des einschlägigen ungarischen Hochschulgesetzes, das einen solchen Vertrag einforderte, vor dem EuGH ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die ungarische Regierung eingeleitet. Der EuGH gab der Klage der Kommission Recht (Az. C-66/18). Der EuGH befand, dass die 2017 von der ungarischen Regierung eingeführten Erfordernisse eines völkerrechtlichen Vertrags mit dem Herkunftsstaat und einer dortigen tatsächlichen Lehrtätigkeit nicht mit dem europäischen Recht und dem Recht der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbar sind. Zudem verstößt HUN laut EuGH mit dem Hochschulgesetz gegen EU-Grundrechte wie die akademische Freiheit. Der EuGH entschied, dass der Wissenschaftsfreiheit auch eine institutionelle und organisatorische Dimension innewohnt. Der EuGH hatte das Ansinnen von HUN zurückgewiesen, dem von der Kommission eingeleiteten Verfahren sei wegen unberechtigter „rein politischer“ Absichten der Kommission nicht stattzugeben.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-66/18>

Finanzdienstleistungen

EP; Anhörung von EZB-Präsidentin Lagarde im ECON-Ausschuss

Am 19.11.2020 hörte der Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) des EP die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, zur zukünftigen geldpolitischen Ausrichtung an. Im Fokus der Fragen der MdEP standen insbesondere die Berücksichtigung des Klimawandels und der pandemiebedingte Anstieg der Staatsverschuldung. Angesichts der fortdauernden zweiten Welle der Pandemie zeichnete Lagarde ein von Unsicherheiten geprägtes Bild der Konjunktur für die kommenden Monate. Es gelte nun, die Zeitspanne zu überbrücken, bis die Impfungen weit fortgeschritten seien und die Wirtschaft wieder an Schwung gewinne. Sie vertrat die Ansicht, dass die Standardinstrumente der EZB und diejenigen, die speziell zur Bewältigung der Ausnahmesituation eingerichtet wurden, zusammen mit anderen Maßnahmen auf EU-Ebene sehr erfolgreich waren und eine viel schlimmere Situation verhindert hätten. Das Anleihekaufprogramm „Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) und die gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-term Refinancing Operations, TLTROs) würden demnach die Hauptinstrumente in der Geldpolitik der EZB bleiben und könnten dynamisch angepasst werden. Darüber hinaus forderte sie die Mitgliedstaaten auf, durch weitere öffentliche Investitionen die Wirtschaft anzukurbeln.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201113IPR91598/eu-economies-need-public-investment-led-stimulus-ecb-president-tells-meps>

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Bestimmung von Kriterien für „grüne Liste“ nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten eingeleitet

Die Kommission hat am 20.11.2020 eine vierwöchige öffentliche Konsultation zu den ersten beiden Gruppen von Kriterien eingeleitet, die bestimmen sollen, welche

Wirtschaftsaktivitäten im Rahmen der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig gelten können. Die Taxonomie-Verordnung der EU, die am 12.07.2020 in Kraft getreten ist, soll dazu beitragen, die weltweit erste „grüne Liste“ als Klassifizierungssystem für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten zu erstellen. In der Verordnung wurde die Kommission beauftragt, technische Screening-Kriterien – in Form delegierter Rechtsakte – zur Weiterentwicklung der Taxonomie vorzulegen. Die ersten beiden Gruppen von Kriterien hat die Kommission nun in einem Entwurf für einen delegierten Rechtsakt veröffentlicht, der Gegenstand der Konsultation ist. Der Entwurf betrifft diejenigen Aktivitäten, die wesentlich zur Eindämmung des Klimawandels oder zur Anpassung an den Klimawandel beitragen sollen. Die vorgeschlagenen Aktivitäten und Kriterien basieren auf den im März 2020 veröffentlichten Empfehlungen einer Technischen Expertengruppe für nachhaltige Finanzen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201120-gruene-liste_de

EZB; Umfrage: KMU beklagen Umsatzrückgänge und loben verbesserten Zugang zu Finanzierungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 24.11.2020 die Ergebnisse einer Umfrage über den Zugang zu Finanzmitteln von Unternehmen in der Euro-Zone veröffentlicht. Die Umfrageergebnisse zeigen dabei eine deutliche Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds für Unternehmen. So meldeten insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) für den Zeitraum von April bis September 2020 einen starken Umsatzrückgang, der sich in dem niedrigsten Nettoprozentwert seit Beginn der Umfrage im Jahr 2009 niederschlug (-46%, gegenüber -2% in der vorangegangenen Periode). Gleichzeitig meldeten die KMU des Euroraums in den meisten Ländern und Sektoren sinkende Gewinne. Während der COVID-19-Pandemie gaben die KMU an, sei die Schwierigkeit, Kunden zu finden, ihre Hauptsorge gewesen (22%), gefolgt von einer mangelnden Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte (19%). Der Zugang zu Finanzmitteln gehörte weiterhin zu den am wenigsten wichtigen Anliegen (10%). Per Saldo gaben die KMU weiterhin eine verbesserte Verfügbarkeit von Bankkrediten an (6%), wobei die höchsten Prozentsätze in ESP, ITL und FRA (17%, 15% bzw. 10%) verzeichnet wurden. Die KMU führten dies auf die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe (7%) und auf die Politik der öffentlichen Unterstützung zurück. Zum ersten Mal seit 2009 berichteten KMU im Euroraum über eine Verbesserung des Zugangs zu öffentlicher finanzieller Unterstützung (14%). Laut EZB deute dies darauf hin, dass die Initiativen einiger Regierungen, öffentliche Garantien für Bankkredite bereitzustellen, auf diese Unternehmen durchgeschlagen hätten.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr201124~137afd3bd9.en.htm>

EZB; Bericht sieht Risiken für Banken und die Finanzstabilität

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 25.11.2020 ihren jüngsten Finanzstabilitätsbericht (FSR) veröffentlicht. Darin kommt sie zu dem Ergebnis, dass aufgrund der wirtschaftlichen Verwerfungen der COVID-19-Pandemie die Anfälligkeiten im Unternehmenssektor mittelfristig die Widerstandsfähigkeit der Banken gefährden könnten. Die derzeitige umfangreiche politische Unterstützung helfe den Unternehmen des Euroraums zwar bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie, es bestünden jedoch Risiken sowohl bei einem vorzeitigen Ende der Maßnahmen als auch bei längerfristigen Unterstützungsmaßnahmen. Ein vorzeitiger Rückzug der fiskalischen Unterstützung - einschließlich staatlicher Kreditgarantien und gesetzlicher Kreditmoratorien - könne die wirtschaftliche Erholung zurückwerfen und die zu Beginn der Pandemie beobachteten Liquiditätsprobleme der Unternehmen in Solvenzprobleme verwandeln. Der starke Anstieg der Unternehmens- und Staatsverschuldung erhöhe mittelfristig die Risiken für die Finanzstabilität. Für die

Banken im Euroraum könne ein vorzeitiges Ende der staatlichen Garantien und Moratorien zu einer zusätzlichen Verlustwelle führen. Es wird auch erwartet, dass sie weiterhin unter Rentabilitätsdruck stehen werden, nicht zuletzt aufgrund der schwächeren Aussichten für die Kreditvergabe und der anhaltenden strukturellen Herausforderungen. Durch die Hilfsprogramme werde lediglich der Zeitraum, bis sich eine schwache Wirtschaftsleistung in Kreditausfällen widerspiegeln, verlängert, so die Einschätzung. Die Kapitalpolster der Banken seien nach wie vor komfortabel und sollen weiterhin zur Verfügung stehen, um Verluste aufzufangen und die Kreditvergabe über einen längeren Zeitraum zu unterstützen. Über die Bewältigung der Pandemie hinaus sei es wichtig, dass sowohl die Banken als auch das übrige Finanzwesen die durch den Klimawandel bedingten Risiken für die Finanzstabilität bewältigen und den Übergang zu einer grüneren Wirtschaft unterstützen würden.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/financial-stability/fsr/html/ecb.fsr202011~b7be9ae1f1.en.html#toc4>

Finanzen

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum unverändert bei -0,3%

Am 18.11.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im Oktober 2020 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum unverändert bei -0,3% gegenüber September. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,7% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Oktober unverändert bei 0,3% gegenüber September. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,1% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in GRI (-2,0%), EST (-1,7%) und Irland (-1,5%) gemessen, die höchsten in POL (3,8%), HUN (3,0%), und CZR (2,9%). Im Oktober kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,38%), gefolgt von Dienstleistungen (+0,19%), Industriegütern ohne Energie (-0,03%) sowie Energie (-0,81%). Die Inflationsrate in DEU betrug im Oktober -0,5% zu -0,4% im September.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10662215/2-18112020-AP-DE.pdf/286f34d2-1bb7-b29b-9434-2c6dc010cb7c>

EuGH; DEU verstößt gegen EU-Regeln bei der Mehrwertsteuer-Erstattung an ausländische Unternehmen

Mit Urteil vom 18.11.2020 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass DEU in der Verwaltungspraxis bei Anträgen auf Erstattung der Mehrwertsteuer von Steuerpflichtigen aus einem anderen Mitgliedstaat gegen die Mehrwertsteuersystem-Richtlinie und gegen die Richtlinie zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer verstößt. Die deutschen Steuerbehörden würden Anträge von Unternehmen aus anderen EU-Staaten, die sich die in DEU gezahlte Vorsteuer erstatten lassen wollen, ohne Rücksprache mit dem betroffenen Unternehmen bereits ablehnen, wenn sie die vorliegenden Informationen über die Art der gelieferten Waren oder erbrachten Dienstleistungen für unzureichend halten. Damit würde DEU – so der EuGH – derartige Anträge verfrüht ablehnen und gegen den Grundsatz der Mehrwertsteuer-Neutralität sowie gegen die praktische Wirksamkeit des Anspruchs auf Mehrwertsteuererstattung verstoßen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233880&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=14480711>

Kommission; Herbstpaket zum Europäischen Semester 2021 im Rahmen der Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Am 18.11.2020 hat die Kommission ihr wirtschaftspolitisches Maßnahmenpaket mit Stellungnahmen zu den Übersichten über die Haushaltsplanung der Euro-Länder für 2021 und politischen Empfehlungen für das Euro-Währungsgebiet vorgelegt. Das veröffentlichte sog. Herbstpaket stützt sich auf die Herbstprognose 2020, die davon ausgeht, dass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2022 infolge des durch die COVID-19-Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schocks sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch in der EU insgesamt unter dem Vorkrisenniveau liegen werde. Die von der Kommission abgegebenen Empfehlungen sollen die Volkswirtschaften der EU in ruhigere Gewässer lenken und ihnen politische Leitlinien bieten, damit sie gemeinsam wieder auf Erholungskurs kommen. Europa soll durch gezielte und befristete fiskalpolitische Unterstützungsmaßnahmen sowie sorgfältig gewählte Reformen und Investitionen wieder zu seiner Position als weltweit wichtiger Wettbewerbsakteur zurückfinden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2105

S o z i a l e s

Kommission; Aktionsplan für Integration und Inklusion vorgestellt

Die Kommission hat am 24.11.2020 den Aktionsplan Integration und Inklusion 2021-2027 vorgelegt. Mit dem Aktionsplan möchte die Kommission den Beitrag von Menschen mit Migrationshintergrund für die EU anerkennen und Barrieren für ihre gesellschaftliche Teilhabe abbauen. Als wichtigste Aspekte hierfür nennt sie die allgemeine und berufliche Bildung, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Anerkennung von Qualifikation sowie den Zugang zu Gesundheitsdiensten und angemessenem und erschwinglichen Wohnraum. Da diese Bereiche primär in die Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten fallen, möchte sie diese hierbei durch die Ausarbeitung von Leitlinien, der Förderung entsprechender Partnerschaften und die Finanzierung mit EU-Geldern aus unterschiedlichen Fonds und Programmen von europäischer Seite unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2178

EuGH; Zusätzlicher Mutterschutzurlaub für Frauen ist zulässig (C-463/19)

Der EuGH hat am 18.11.2020 ein Urteil zu der Frage gefällt, ob ein zusätzlicher Mutterschutz für Frauen eine geschlechtsspezifische Diskriminierung von Männern darstellt. Geklagt hatte die Gewerkschaft CFTC der gesetzlichen Krankenkasse des Départements Moselle (CPAM). Die CPAM hatte einem Vater nicht den Zusatzurlaub gewährt, der jenen Arbeitnehmerinnen tarifvertraglich zusteht, die ihr Kind selbst erziehen. Die EU-Gleichbehandlungsrichtlinie verbietet jedoch jede unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Bezug auf die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen. Der Gerichtshof urteilte, dass eine Ungleichbehandlung von Vätern und Müttern gerechtfertigt sein könne, wenn dieser zusätzliche Urlaub dazu diene, den Schutz der körperlichen Verfassung der Mutter nach der Entbindung sicherzustellen und die besondere Beziehung zu ihrem Kind in dieser Zeit zu gewährleisten.

https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_3331496/de/

EP; EU soll Obdachlosigkeit bis 2030 beseitigen

Am 24.11.2020 verabschiedete das Parlament eine Reihe von Empfehlungen um die Obdachlosigkeit in Europa zu mindern. Die in dem Text zusammengetragenen

Instrumente zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit beinhalten Punkte wie die Entkriminalisierung von Obdachlosigkeit oder nationale Obdachlosenstrategien, die inklusiv und sozial ausgestaltet und vor allem auf den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft abzielen sollen. Mit Blick auf die sich auch durch Corona verschärfte Situation hat das Parlament mit einer überwältigen Mehrheit die Empfehlungen verabschiedet. Das Parlament drängt jetzt die Mitgliedstaaten und die Kommission europäische wie nationale Maßnahmen zu starten, um die Menschen aus der Obdachlosigkeit zu holen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201120IPR92124/eu-soll-obdachlosigkeit-bis-2030-beseitigen>

Kommission; Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2020 haben zahlreiche europäische Institutionen ihre Solidarität bekundet. Das EP nahm an der Aktion "Orange the World" teil und färbte das Parlamentsgebäude in Orange. Die Kommission veröffentlichte einen Aktionsplan für die Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen in der Gesellschaft. Dieser bekräftigt die Dringlichkeit bei dem Thema auch in der EU. Der Ausschuss für Frauenrechte und Gleichberechtigung (FEMM) des EP stellte in einem Statement klar, dass die Gleichberechtigung von Frauen durch die COVID-19 Krise in immense Gefahr gerate und jetzt schon mehr Gewalt gegen Frauen festzustellen sei. Zu der gleichen Feststellung kommt auch die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) und mahnt dringend erforderliche Maßnahmen gegen Gewalt am Arbeitsplatz und im privaten Bereich an. Der AdR mahnt legislative Maßnahmen an und fordert Unterstützung im Kampf für Gleichberechtigung und gegen Gewalt an Frauen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2184

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Mitteilung zur neuen Verbraucheragenda

Die Kommission hat am 13.11.2020 eine Mitteilung zur neuen Verbraucheragenda vorgestellt. Europäische Verbraucherinnen und Verbraucher sollen in die Lage versetzt werden, eine aktive Rolle beim ökologischen und digitalen Wandel zu spielen. Die Agenda befasst sich auch mit der Frage, wie der Verbraucherschutz und die Resilienz während und nach der COVID-19-Pandemie verbessert werden können, die erhebliche Herausforderungen für den Alltag der Verbraucher mit sich brachte. Konkret werden fünf Prioritäten mit jeweiligen Schwerpunktmaßnahmen genannt, die in den nächsten fünf Jahren zusammen mit den Mitgliedstaaten auf europäischer und nationaler Ebene zu ergreifen sind. Dazu gehören unter anderem ein neuer Legislativvorschlag, der darauf abzielt, den Verbraucherinnen und Verbrauchern bessere Informationen über Nachhaltigkeit zur Verfügung zu stellen, die Anpassung der bestehenden Rechtsvorschriften an den digitalen Wandel sowie ein Aktionsplan zur Produktsicherheit mit China.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2069

EP; Parlamentarier fordern „Recht auf Reparatur“

Am 25.11.2020 verabschiedete das EP einen Entschließungsantrag über einen nachhaltigeren Binnenmarkt, in dem unter anderem gefordert wurde, Wiederverwendung und Reparaturen zu fördern und gegen die Verkürzung der Produktlebensdauer vorzugehen. Das Parlament fordert die Kommission auf, den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein „Recht auf Reparatur“ einzuräumen. Die

Reparatur von Geräten soll – auch finanziell – attraktiver werden und systematisch durchgeführt werden. Helfen sollen dabei eine längere Garantiedauer, garantiert erhältliche Ersatzteile und besserer Zugang zu Informationen über Reparatur und Wartung.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201120IPR92118/parlament-will-verbrauchern-in-der-eu-recht-auf-reparatur-einraumen>

Kommission; EU-Arzneimittelstrategie vorgestellt

Die Kommission hat am 25.11.2020 die europäische Arzneimittelstrategie vorgestellt. Die Strategie stellt ein Schlüsselement der von der Kommission angestrebten Gesundheitsunion dar und soll drei wesentliche Ziele verfolgen: Den Zugang zu innovativen und erschwinglichen Arzneimitteln für Patienten garantieren; die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Arzneimittelindustrie zu stärken und eine nachhaltige Ausrichtung bei der Entwicklung und Produktion zu unterstützen. Weitere Aspekte stellen die Verbesserung der Krisenvorsorge und –reaktion zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie die Stärkung der europäischen Arzneimittelregulierung und –industrie im globalen Kontext dar. Hierzu zählt auch die angestrebte strategische Autonomie in dem Sektor, die zu einem Ausbau der Produktion in der EU führen könnte. Die Ziele sollen mit unterschiedlichen legislativen und nicht legislativen Leitinitiativen umgesetzt werden. Hierzu gehören u.a. die Überarbeitung entsprechender Rechtsvorschriften, die Schaffung einer EU-Behörde zur Krisenreaktion, die Schaffung einer digitalen Infrastruktur für Gesundheitsdaten, die Förderung der Gesundheitsforschung und der vertiefte Dialog mit den nationalen Behörden hinsichtlich der Beschaffungs- und Preispolitik bei Arzneimitteln.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2173

EuGH: Grenzüberschreitender Handel mit Cannabidiol ist zulässig (C-663/18)

Der EuGH hat am 19.11.2020 ein Urteil zur Frage gefällt, ob der grenzüberschreitende Handel mit Cannabidiol, das in einem anderen Mitgliedstaat (MS) rechtmäßig hergestellt wurde, zulässig ist. Gegenstand des Verfahrens war der Import von Cannabidiol (CBD)-Öl aus CZR nach FRA), wo es in Form von Patronen für elektronische Zigaretten vermarktet wurde. Während in CRZ das CBD aus der gesamten Pflanze, inklusive Blätter und Blüten, gewonnen werden darf, beschränkt FRA die Zulässigkeit jedoch auf die Extraktion des Stoffes aus Fasern und Samen. Daher wurde gegen die nun ehemaligen Geschäftsführer der Import- und Vertriebsgesellschaft ein Strafverfahren in FRA eingeleitet. Der Gerichtshof urteilt, dass die französische Regelung einen Eingriff in den freien Warenverkehr darstelle. Da CBD unionsrechtlich nicht als Suchtstoff geführt sei, könne dies nicht zur Einschränkung der Verkehrsfreiheit angeführt werden. Ein grenzüberschreitender Handel mit in einem MS hergestellten CBD falle somit grundsätzlich unter die Bestimmungen über den freien Warenverkehr und sei entsprechend zulässig. Zugleich stellte der EuGH klar, dass ein nationales Handelsverbot zu rechtfertigen sei, wenn es zum Schutz der öffentlichen Gesundheit erfolge und sich auf den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis hierzu stütze.

https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_3332715/de/

EP; Verabschiedung eines Standpunktes zu neuem Gesundheitsprogramm „EU4Health“

Abgeordnete des EP forderten am 13.11.2020 die Schaffung eines Mechanismus, der die Zusammenarbeit in Krisenzeiten stärken, ein Meldesystem bei Engpässen von Arzneimitteln beinhalten, mehr Gesundheitsförderung und Krankenprävention gestalten und eine einheitliche europäische Patientenakte einrichten soll. Als Teil des Aufbauplans „Next Generation EU“ sind in der am 10.11.2020 vorläufiger Einigung

zum Haushaltsplan 2021-2027 für „EU4Health“ 5,1 Mrd. EUR vorgesehen. Endgültige Regelungen müssen nun von Parlament und Rat verhandelt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/priorities/eu-antwort-auf-das-coronavirus/20200604STO80507/gesundheitsgefahren-eu-krisenreaktion-verbessern-krisenmanagement-starken>

EMA; Überprüfung der Impfstoffe von BioNTech und von Moderna Biotech gestartet

Die Europäische Arzneimittel Agentur (EMA) hat am 16.11.2020 ihre Arbeit zur fortlaufenden Überprüfung des potentiellen Impfstoffes "mRNA-1273" gegen Covid-19 hat gestartet. Der Impfstoff des Unternehmen Moderna Biotech Spain S.L. (ein Tochterunternehmen von Moderna, Inc.) wird von dem Human Medicine Committee (CHMP) der EMA aufgrund erster vorläufigen und vielversprechenden Ergebnisse aus nicht-klinischen Studien und früheren klinischen Studien bei Erwachsenen untersucht. In Kürze werden Ergebnisse von breit angelegten klinischen Studien mit mehreren tausend Menschen erwartet, wodurch die vorlaufende Auswertung wahrscheinlich beschleunigt werden kann. Eine entsprechende Auswertung hatte die EMA bereits am 06.10.2020 für BNT162b2 in die Wege geleitet, den Impfstoffkandidaten den BioNTech im Zusammenarbeit mit Pfizer entwickelt hat.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-starts-rolling-review-mrna-covid-19-vaccine-moderna-biotech-spain-sl>

U m w e l t

Kommission; Klima- und Umweltprojekte in DEU werden über LIFE gefördert

Die Kommission hat am 16.11.2020 Investitionen von mehr als 280 Mio. EUR für über 120 neue Projekte des LIFE-Programms genehmigt. In Deutschland werden 11 Projekte gefördert. Dabei geht es u.a. um Strom aus industrieller Abwärme, eine Logistikplattform für mehr Schienenverkehr, den Schutz von Wiesenvögeln und einen Ansatz, um Weinberge widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen. Die Projekte wurden aus über 1250 Anträgen ausgewählt, die im Rahmen der im April 2019 veröffentlichten Ausschreibung im Rahmen von LIFE 2019 eingereicht wurden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201116-programm-life_de

Kommission; Konsultation zur Überprüfung der LULUCF-Vorschriften

Die Kommission startete am 13.11.2020 eine bis 05.02.2021 laufende öffentliche Konsultation zu dem für das zweite Quartal 2021 geplanten Vorschlag zur Überarbeitung der Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF). Die Überarbeitung steht im Zusammenhang mit einem erhöhten Klimaziel für 2030 und der deshalb notwendigen Anpassung der einschlägigen Gesetzgebung. Ziel ist es, die in diesem Sektor unternommenen Anstrengungen zur Verringerung der Emissionen und zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der CO₂-Entfernung zu verstärken.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12657-Land-use-land-use-change-and-forestry-review-of-EU-rules>

Kommission; Konsultation zu CO₂-Emissionen aus Pkw und Kleintransportern

Die Kommission startete am 13.11.2020 eine bis 05.02.2021 laufende öffentliche Konsultation zu dem für das zweite Quartal 2021 geplanten Vorschlag für eine Änderung der Verordnung für CO₂-Emissionen von Pkw und Kleintransportern. Die Überarbeitung steht im Zusammenhang mit einem erhöhten Klimaziel für 2030 und der

deshalb notwendigen Anpassung der einschlägigen Gesetzgebung. Ziel ist es, mit dieser Initiative den Weg frei zu machen für einen emissionsfreien Verkehr.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12655-Revision-of-the-CO2-emission-standards-for-cars-and-vans->

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems

Die Kommission startete am 13.11.2020 eine bis 05.02.2021 laufende öffentliche Konsultation zu der für das zweite Quartal 2021 geplanten Aktualisierung des EU-Emissionshandelssystems (EHS). Die Überarbeitung steht im Zusammenhang mit einem erhöhten Klimaziel für 2030 und der deshalb notwendigen Anpassung der einschlägigen Gesetzgebung. Um Klimaneutralität der EU bis 2050 sicherzustellen, hat die Kommission vorgeschlagen, ihr Ziel für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 auf mindestens 55 % des Niveaus von 1990 anzuheben. Die Kommission wird die Ausweitung des EHS auf neue Wirtschaftszweige vorschlagen. Ferner wird sie die „Marktstabilitätsreserve“ des EHS für den Umgang mit ungenutzten Emissionszertifikaten drei Jahre nach ihrer Einführung überprüfen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12660-Updating-the-EU-Emissions-Trading-System>

Kommission; CO2-Emissionen von Kraftfahrzeugen - Meldung von Daten

Die Kommission öffnete in der Zeit vom 16.11. bis 14.12.2020 den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur Aktualisierung der Überwachung, eine Konsultation und Meldung von Daten über CO2-Emissionen von Personenkraftwagen und Lieferwagen betreffend. Diese Daten sollten Folgendes umfassen: tatsächliche CO2-Emissionen und tatsächlicher Kraftstoff- bzw. Energieverbrauch und bestimmte Typgenehmigungsdaten zu den CO2-Emissionskontrollen während des Betriebs von Lieferwagen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12500-Monitoring-and-reporting-of-Light-Duty-Vehicles-LDVs-47>

Kommission; Konsultation zu Null-Schadstoff-Aktionsplan

Die Kommission startete am 11.11.2020 eine bis 10.02.2021 laufende öffentliche Konsultation zu der für das zweite Quartal 2021 geplanten Mitteilung über einen Null-Schadstoff-Aktionsplan. Der Null-Schadstoff-Aktionsplan soll für saubere Luft, Wasser und Böden und so für ein gesundes Lebensumfeld für Europäerinnen und Europäer sorgen, zu einer widerstandsfähigen Erholung beitragen und den Übergang zu einer sauberen, kreislaufforientierten und klimaneutralen Wirtschaft vorantreiben. Dafür muss die Schadstofffreisetzung in Zukunft besser vermieden, die Folgen von Verschmutzung effektiver beseitigt und die Überwachung verbessert werden. Ziel ist es, das Null-Schadstoff-Ziel in allen relevanten Initiativen zu berücksichtigen und wirtschaftliches Wachstum von Verschmutzung abzukoppeln.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12588-EU-Action-Plan-Towards-a-Zero-Pollution-Ambition-for-air-water-and-soil>

EuGH; Schlussanträge: Leimrutenjagd auf Vögel nicht grundsätzlich EU-rechtswidrig

Nach Ansicht von Generalanwältin Juliane Kokott kann die in Südfrankreich erlaubte Leimrutenjagd auf Drosseln und Amseln mit der EU-Vogelschutzrichtlinie vereinbar sein, wenn ihr ein erhebliches kulturelles Gewicht zukommt und alle weiteren Voraussetzungen für eine Ausnahme von dem grundsätzlichen Verbot erfüllt sind. Es müsse unter anderem sichergestellt sein, dass der ungewollte Fang anderer Vogelarten und

seine Konsequenzen im Vergleich zu der kulturellen Bedeutung der Leimrutenjagd hinnehmbar ist. EU-weit ist die Jagd mit Leimruten laut EuGH verboten. Lediglich in fünf südfranzösischen Départements werde die früher weit verbreitete Methode noch immer angewandt. Die Schlussanträge der Generalanwältin sind für den EuGH nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-11/cp200144de.pdf>

Kommission; Europäische Umweltagentur; Weniger Todesfälle durch Luftverschmutzung

Am 23.11.2020 stellte Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius den neuen Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) zur Luftqualität in Europa vor. Demnach sei Dank besserer Luftqualität die Zahl der vorzeitigen Todesfälle in Europa in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken. Allerdings gehe aus den neuesten amtlichen Zahlen der EUA hervor, dass fast alle Menschen in Europa weiterhin von Luftverschmutzung betroffen sind, die europaweit jährlich zu rund 400 000 vorzeitigen Todesfällen führe. Laut EUA-Bericht sind die Luftqualitätsgrenzwerte in den Rechtsvorschriften der EU nach wie vor nicht deckungsgleich mit den Richtwerten der WHO. Die Kommission möchte dies mit einer Überarbeitung der EU-Normen im Rahmen des Null-Schadstoff-Aktionsplans angehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2168

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; Agrarministerinnen und -minister einigen sich zur zukünftigen Waldstrategie

Die Ministerinnen und Minister haben bei der Sitzung des Agrarrats am 16.11.2020 die zuvor im Umlaufverfahren angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zur EU-Waldpolitik und EU-Waldstrategie für die Zeit nach 2020 begrüßt, in denen die Bedeutung der Wälder für den Klimaschutz und die biologische Vielfalt hervorgehoben wird. Mehrere Ministerinnen und Minister haben erklärt, dass die EU-Waldstrategie mit anderen einschlägigen Strategien wie der Biodiversitätsstrategie in Einklang gebracht werden muss. Mit den Ratsschlussfolgerungen wird die Kommission nun aufgefordert, eine Waldstrategie zu entwickeln, die eine nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung unterstützt und die Koordinierung und Kohärenz der forstbezogenen Politiken der EU und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und relevanten Interessenvertretern verbessert.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12695-2020-REV-1/de/pdf>

Kommission; Erhebung von Daten über Antibiotikaeinsatz bei Tieren

Die Kommission öffnet für die Zeit vom 20.11. bis 18.12.2020 eine Konsultation den Entwurf einer Delegierten Verordnung über „Arzneimittelresistenz – Methode zur Erhebung von Daten über antimikrobielle Arzneimittel (Antibiotika), die bei Tieren verwendet werden“ betreffend. Mit dieser Initiative werden die Anforderungen und Methoden festgelegt, die für die nationalen Behörden in der EU bei der Erhebung von Daten über Antibiotikaresistenz maßgeblich sind.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11572-Method-for-the-Collection-of-data-on-antimicrobial-medicinal-products-used-in-animals>

Kommission; Konsultation zu Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft

Die Kommission startete am 20.11.2020 eine bis 05.03.2021 laufende öffentliche Konsultation zur Bewertung der EU-Vorschriften über die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft. Diese sollen sicherstellen, dass die Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft der Umwelt, den Tieren und dem Menschen nicht schadet. Die vor 30 Jahren angenommene Richtlinie werde den aktuellen Bedürfnissen und Erwartungen nicht mehr gerecht, beispielsweise in Bezug auf die ordnungsgemäße Regelung von in Schlamm enthaltenen Schadstoffen wie Arzneimittel und Mikroplastik. Im Rahmen dieser Initiative wird bewertet, welche Risiken und Chancen im Zusammenhang mit der Klärschlammbewirtschaftung in der Landwirtschaft bestehen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12328-Evaluation-of-the-Sewage-Sludge-Directive-86-278-EEC->

EP; Abgeordnete lehnen Zulassung von Genmais und Gensoja ab

In drei nichtbindenden Entschlüssen wandte sich das EP am 11. 11.2020 gegen Durchführungsbeschlüsse der Kommission über die Zulassung des Inverkehrbringens von genetisch veränderten Mais der Sorten MON 87427 x MON 89034 x MIR162 x NK603 und MON 87427 x MON 87460 x MON 89034 x MIR162 x NK603 sowie der genetisch veränderten Sojabohnen der Sorte SYHT0H2 (SYN-ØØØH2-5). Das EP bekräftigt seine Forderung an die Kommission, so lange keine herbizidtoleranten genetisch veränderten Pflanzen zuzulassen, bis die von den Rückständen ausgehenden Gesundheitsrisiken fallweise umfassend bewertet worden sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0291_DE.html

EP; Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten

Die MdEP des Europaparlaments lehnten am 24.11.2020 einen Einspruch gegen das von der Kommission im September beschlossene Verbot der Verwendung von Bleimunition in Feuchtgebieten ab. Die Verwendung von Bleimunition in Feuchtgebieten wird so ab 2022, wie von der Kommission vorgesehen, verboten sein.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2020-0364_DE.html

J u s t i z

Kommission; Aktionsplan für geistiges Eigentum

Die Kommission hat am 25.11.2020 einen Aktionsplan für geistiges Eigentum veröffentlicht, um den Unternehmen, vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), dabei zu helfen, ihre Erfindungen und Schöpfungen optimal zu nutzen, und um sicherzustellen, dass die Wirtschaft und Gesellschaft in der EU davon profitieren. In dem Aktionsplan werden Maßnahmen in fünf wichtigen Bereichen angekündigt: Verbesserung des Schutzes des geistigen Eigentums; Förderung der Nutzung von Rechten des geistigen Eigentums durch KMU; Erleichterung der gemeinsamen Nutzung von geistigem Eigentum; Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie und bessere Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sowie Förderung weltweit fairer Wettbewerbsbedingungen.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/43845>

EuGH; kein Europäischer Haftbefehl durch niederländische Staatsanwaltschaft

Der EuGH hat am 24.11.2020 in der Rechtssache C-510/19 (Openbaar Ministerie, YU und ZV / AZ) entschieden, dass die Staatsanwälte in den Niederlanden keine

„vollstreckende Justizbehörde“ im Rahmen der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls sind, da sie Einzelweisungen seitens des niederländischen Justizministers unterworfen werden können. Der Gerichtshof hat sich in jüngerer Zeit schon mehrmals zum Begriff „Justizbehörde“ im Kontext des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und speziell zu der Frage geäußert, ob die Staatsanwaltschaften der Mitgliedstaaten unter diesen Begriff fallen. Dabei ist er zu dem Ergebnis gekommen, dass dies bei den Staatsanwaltschaften in LIT, FRA, SWE und BEL der Fall ist, nicht aber bei den deutschen Staatsanwaltschaften.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=17DA6D14D88F24693B591CD59B6CC624?text=&docid=234203&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=15039147>

Europäische Staatsanwaltschaft; Deutscher zu Stellvertreter der Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt

Das Kollegium der Europäischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hat am 11.11.2020 Herrn Andrés Ritter aus DEU neben Herrn Danilo Ceccarelli aus ITL zum Stellvertreter der Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt. Die Ernennung gilt für drei Jahre. Die beiden Stellvertreter unterstützen die Europäische Generalstaatsanwältin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und vertreten sie bei Abwesenheit oder Verhinderung. Die Europäische Staatsanwaltschaft wird 2021 ihre operative Tätigkeit aufnehmen.

https://ec.europa.eu/info/news/european-prosecutors-germany-and-italy-appointed-deputy-european-chief-prosecutors-2020-nov-11_de

EuGH; Wertersatz nach Widerruf eines Online-Partnervermittlungsvertrages

Der EuGH hat am 08.10.2020 in der Rechtssache C-641/19 (Parship) entschieden, dass der Wertersatz, den die Online-Partnervermittlung Parship bei fristgerechtem Widerruf des Kunden für Leistungen verlangen kann, die sie bereits erbracht hat, grundsätzlich zeitanteilig zu berechnen ist.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=232155&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=14557039>

I n n e r e s

Frontex; Zahl der illegalen Grenzübertritte weiter rückläufig

Am 17.11.2020 präsentierte die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) aktuelle Zahlen zu den Grenzübertritten in den ersten zehn Monaten dieses Jahres. Nachdem im Anschluss an einen Anstieg in den Vormonaten die Zahlen im August und September bereits rückläufig gewesen seien, sei im Oktober erneut ein Rückgang um 19% gegenüber dem Vormonat auf etwa 10.900 zu verzeichnen gewesen. Die Zahl aller Grenzübertritte im Jahr 2020 bleibe mit 87.500 um 21% hinter den Zahlen des Vorjahreszeitraums zurück, was insbesondere an dem starken Rückgang der Zahlen auf der östlichen und westlichen Mittelmeerroute liege. Auf der zentralen Mittelmeerroute sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte im Oktober um 29% gegenüber dem Vormonat auf etwa 3.000 zurückgegangen. Insgesamt seien in diesem Jahr bereits 28.400 Menschen, mehrheitlich aus Tunesien und Bangladesch, eingereist. Dies entspreche mehr als einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahreszeitraum, in dem die Zahlen jedoch sehr niedrig gewesen seien. Auf der westlichen Mittelmeerroute sei nach einem leichten Anstieg im September erneut ein Rückgang um 37% auf 1.800 zu verzeichnen gewesen. Trotz des Anstiegs in den Vormonaten liege die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte auf dieser Route im

Jahr 2020 mit fast 13.400 um 37% unter der des Vorjahreszeitraums. Menschen aus Algerien machten nahezu zwei Drittel der illegalen Migranten auf der westlichen Mittelmeerroute aus, gefolgt von Menschen aus Marokko. Auf der östlichen Mittelmeerroute seien im Oktober nach jüngsten Angaben 1.050 illegale Grenzübertritte erfasst worden, was einem Rückgang um etwa ein Viertel gegenüber dem Vormonat entspreche. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte sei auf dieser Route im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um beinahe drei Viertel auf etwa 17.700 zurückgegangen. Den größten Anteil illegaler Migranten machten auf dieser Route Menschen aus Afghanistan, Syrien und der Türkei aus. Auf der Westbalkanroute seien im Oktober 3.500 illegale Grenzübertritte und damit mehr als 33% mehr als im Vormonat registriert worden. Mit fast 19.700 seien im Jahr 2020 bislang nahezu doppelt so viele illegale Grenzübertritte registriert worden wie im Vorjahreszeitraum, auch auf der Westbalkanroute stammten die meisten illegalen Migranten aus Syrien und Afghanistan. Über die Westafrika-Route seien im Oktober mehr als 5.300 illegale Grenzübertritte auf den kanarischen Inseln registriert worden, was einer Verzehnfachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspreche. Insgesamt seien im Jahr 2020 bislang 11.400 illegale Grenzübertritte auf den kanarischen Inseln erfasst worden, die meisten davon seit Anfang August. Die Mehrzahl der Ankommenden stamme aus dem Raum südlich der Sahara. Da die Zahl der Grenzübertritte über die Westafrika-Route noch vorläufig sei, habe diese noch keinen Eingang in die Gesamtstatistik der monatlichen illegalen Grenzübertritte gefunden.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-arrivals-down-in-western-and-eastern-mediterranean-7WslZx>

Kommission; EP; interparlamentarische Konferenz zu Asyl und Migration

Am 19.11.2020 fand eine durch das EP organisierte hochrangige interparlamentarische Konferenz zu Asyl und Migration statt. Im Anschluss an eine Eröffnungssitzung folgten Austausche in Gruppen zum gemeinsamen Asyl- und Migrationsmanagement, zur legalen Migration und Integration, zur Ausgestaltung von Partnerschaften mit Drittstaaten sowie zum Verhältnis von Solidarität und Verantwortung. Im Rahmen der Eröffnungssitzung betonte der Präsident des EP, David Sassoli (S&D/ITA), dass die EU-Außengrenzen der südlichen Mitgliedstaaten eine gemeinsame Verantwortung der gesamten EU seien und verwies auf die Pflicht zur Seenotrettung sowie die Notwendigkeit der europäischen Polizeikooperation zur Bekämpfung von Schleusern. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ergänzte, dass es auch einer abgestimmten Kooperation mit Herkunftsländern bedürfe, die auch Möglichkeiten der legalen Migration beinhalte. Das neue Asyl- und Migrationspaket der Kommission ziele darauf ab, Hilfsbedürftigen Schutz zu gewähren, Schleuser zu bekämpfen, Integration zu ermöglichen und angemessene Rückführungsverfahren zu gewährleisten. Es solle einen Neustart in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik ermöglichen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble machte deutlich, dass jene, die keine Bleibeperspektive in der EU hätten, schnell in ihre Herkunftsstaaten zurückgeführt werden müssten, um keine falschen Anreize zu schaffen. Die Themen Asyl und Migration seien komplex, einfache oder optimale Lösungen seien schwerlich zu erreichen.

https://multimedia.europarl.europa.eu/en/high-level-interparliamentary-conference-on-migration-and-asylum-in-europe-opening-session_20201119-1000-SPECIAL-OTHER_vd

Europol; Bericht zu böswilligem Gebrauch und Missbrauch von KI vorgelegt

Am 19.11.2020 präsentierte Europol gemeinsam mit dem interregionalen Institut der Vereinten Nationen für Kriminalitäts- und Justizforschung (INICRI) und dem Unternehmen Trend Micro einen Bericht zur kriminellen Nutzung von künstlicher

Intelligenz (KI) vor. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass KI sowohl als Mittel für Angriffe, etwa durch sogenannte Deepfakes (durch KI veränderte, realistisch wirkende Medieninhalte), als auch als Angriffsfläche genutzt werden könnte. Daher bedürfe es künftig neuer Technologien, um Desinformationskampagnen, Erpressungen oder Bedrohungen für KI-Datensätze zu begegnen. Gefahren gingen insbesondere von großangelegten Social-Engineering-Angriffen, Malware, der Umgehung von Bilderkennung und Stimmbiometrie, intelligentes Targeting oder die Verunreinigung von Datensätzen aus. Da Cyberkriminelle stets unter den Ersten seien, die sich neue Technologien zu Nutze machten, werde empfohlen, das Potential von KI zur Verbrechensbekämpfung auszuschöpfen, die Entwicklung von Verteidigungstechnologie und sicheren KI-Designs zu fördern, die politisch aufgeladene Rhetorik über den Einsatz von KI im Bereich Cybersicherheit zu entschärfen, öffentlich-private Partnerschaften zu nutzen und multidisziplinäre Expertengruppen einzurichten.

<https://www.europol.europa.eu/publications-documents/malicious-uses-and-abuses-of-artificial-intellig>

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen; Operative Präsenz 2020 mehr als verdoppelt

Am 19.11.2020 gab das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) bekannt, dass sich seine operative Präsenz trotz der mit der COVID-19 Pandemie verbundenen Einschränkungen mehr als verdoppelt habe. Insbesondere die Unterstützung für GRI, ITL, MTA und CYP sei deutlich erhöht und zum Teil gegenüber dem Vorjahr verdoppelt bis verdreifacht worden. Insgesamt verfüge das EASO über 1.600 operativ eingesetzte Mitarbeiter, was einem Zuwachs um 50% gegenüber 2019 entspreche. Davon seien rund 900 in GRI eingesetzt, 500 in ITL, 85 in MTA und 110 in CYP. Bis Ende September seien 12.400 Asylanhörungen durchgeführt worden, was einem Zuwachs von 74% entspreche, zudem seien fast 12.000 Empfehlungen zu Entscheidungen der zuständigen nationalen Behörden in GRI, MTA und CYP abgegeben worden, was einen Zuwachs um 96% bedeute. Im gleichen Zeitraum seien 23.000 Registrierungen für internationalen Schutz durchgeführt worden. Es sei dem EASO gelungen, durch eine Steigerung der Produktivität der durchgeführten Anhörungen um 170% auf den ägäischen Inseln den dortigen Anhörungsrückstau nahezu abzubauen. Nun gelte es, den Rückstau im Norden von GRI im Rahmen eines speziellen Programms anzugehen. In ITL sei spezifische Unterstützung für die Justizbehörden in Rechtsbehelfsverfahren in Bezug auf 12.000 Personen geleistet worden. In ITL und MTA sei ferner die Ad-hoc-Umsiedelung von 3.500 Menschen unterstützt worden, etwa durch die Erleichterung der Zuweisung an einen Aufnahmemitgliedstaat.

<https://easo.europa.eu/news-events/easo-more-doubles-operational-productivity-2020>

Europol; Empfehlungen zu kriminellen Finanzen und Kryptowährungen

Am 18. und 19.11.2020 fand die vierte weltweite Konferenz zu kriminellen Finanzen und Kryptowährungen statt, an der neben Vertretern Europol und Interpol auch mehr als 2.000 Teilnehmer aus nationalen Strafverfolgungs- und Justizbehörden, Financial Intelligence Units, internationalen Organisationen und dem Privatsektor teilnahmen. Die Teilnehmer tauschten sich über aktuelle Entwicklungen und Ermittlungen etwa in den Bereichen Kryptowährungen und Erpressungen, Geldwäschebekämpfung und Aufdeckung von Geldwäsche in Kryptowährungen aus. Ergebnis der Konferenz waren die folgenden Empfehlungen: Erweiterung der Möglichkeiten zur Ermittlung virtueller Vermögenswerte, Verbesserung der Anwendung der Vorschriften zur Regulierung der Anbieter von Dienstleistungen im Zusammenhang mit virtuellen Vermögenswerten zur

Verhinderung von Geldwäsche, Anwendung der Strategie „Follow the Money“, Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Verfolgung eines multidisziplinären Ansatzes, Förderung der Entwicklung neuer Technologien zur Untersuchung virtueller Vermögenswerte und Anpassung von Ermittlungsstrategien an technische Entwicklungen.

<https://www.europol.europa.eu/publications-documents/recommendations-4th-global-conference-criminal-finances-and-cryptocurrencies>

EuGH; Flucht vor syrischem Militärdienst spricht für Flüchtlingseigenschaft

Am 19.11.2020 urteilte der EuGH in dem Vorabentscheidungsverfahren C-238/19 EZ gg. DEU, dass im Kontext des syrischen Bürgerkrieges eine starke Vermutung dafür spreche, dass die Verweigerung des syrischen Militärdienstes mit einem Grund im Zusammenhang stehe, der einen Anspruch auf Anerkennung als Flüchtling begründen könne. Denn in vielen Fällen sei die Weigerung Ausdruck politischer oder religiöser Überzeugungen oder beruhe auf der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Der Kläger, ein syrischer Staatsangehöriger, hatte Syrien vor Ablauf seiner Zurückstellung vom dortigen Militärdienst verlassen und in DEU um internationalen Schutz ersucht. Ihm wurde zwar durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) subsidiärer Schutz gewährt, mangels Verfolgung wurde er jedoch nicht als Flüchtling anerkannt. Das mit der gegen diese Entscheidung gerichteten Klage befasste VG Hannover bat den EuGH u.a. um Beantwortung der Frage, ob die wiederholte und systematische Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Streitkräfte eines Staates ausreiche, um die Verweigerung des Militärdienstes in diesem Staat ohne Kenntnis des künftigen militärischen Einsatzbereiches aufgrund der Befürchtung, selbst solche Verbrechen begehen zu müssen, zu rechtfertigen. Der EuGH stellte klar, dass dem Betroffenen, in dessen Herkunftsstaat keine Möglichkeit zur Verweigerung des Militärdienstes vorgesehen sei, nicht entgegengehalten werden könne, dass er seine Verweigerung nicht in einem bestimmten Verfahren formalisiert habe, sondern geflohen sei. Im Kontext eines allgemeinen Bürgerkriegs, der durch die wiederholte Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Armee unter Einsatz von Wehrpflichtigen gekennzeichnet sei, sei es auch unerheblich, wenn der Betroffene sein genaues Einsatzgebiet vor seiner Flucht noch nicht gekannt habe. Zwar müsse zwischen der Verfolgung oder Bestrafung wegen der Verweigerung des Militärdienstes und mindestens einem Verfolgungsgrund, der eine Flüchtlingseigenschaft begründe, eine Verknüpfung bestehen, hierfür spreche jedoch im vorliegenden Fall eine starke Vermutung.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233922&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15833188>

EuGH; Urteil zur Visa-Verweigerung auf Betreiben eines anderen Mitgliedstaats

Am 24.11.2020 urteilte der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-225/19 und C-226/19 R.N.N.S. und K.A./Minister van Buitenlandse Zaken, dass ein Mitgliedstaat (MS), der auf Veranlassung eines anderen MS die Ausstellung eines Schengen-Visums verweigere, sowohl den veranlassenden MS als auch den konkreten Verweigerungsgrund benennen müsse. Ein ägyptischer und ein syrischer Staatsangehöriger hatten in NDL ein Schengen-Visum zum Besuch ihrer Familien beantragt. Aufgrund von Hinweisen aus DEU und HUN wurde ihnen dieses jedoch mit der Begründung verweigert, dass sie als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit oder die öffentliche Gesundheit oder für die internationalen Beziehungen eines Mitgliedstaats eingestuft worden seien. Jedoch wurde nicht ausgeführt, welcher dieser Gründe jeweils einschlägig sei und von welchen MS die Einwände erhoben worden seien. Hiergegen klagten die Betroffenen und rügten, dass

ihnen ein wirksamer Rechtsschutz unmöglich gemacht werde. Der EuGH bestätigte diese Auffassung und stellte darüber hinaus klar, dass die Gerichte des veranlassten MS die materielle Rechtmäßigkeit des Einwands nicht prüfen könnten. Daher müsse in der ablehnenden Entscheidung auch angegeben sein, an welche Behörde sich die Betroffenen wenden könnten, um die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe in Erfahrung zu bringen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=234205&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15833207>

Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen; Zahl der Asylanträge

Am 26.11.2020 veröffentlichte das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) aktuelle Zahlen zu den Asylantragstellungen im Jahr 2020 und speziell im September 2020. So seien im Jahr 2020 bislang insgesamt etwa 337.830 Anträge auf Asyl registriert worden, was einem Rückgang um 35% gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspreche. Zwar habe die Zahl der Asylanträge im Anschluss an die Lockerung der Reisebeschränkungen im September bei fast 42.800 gelegen, was einem leichten Anstieg gegenüber dem Vormonat um 7% entspreche, die Zahlen lägen aber noch immer deutlich unter jenen vor Beginn der COVID-19 Pandemie (Januar 2020: 65.692 Anträge). Die meisten Anträge seien im September weiterhin von Menschen aus Syrien, Afghanistan, Kolumbien, Venezuela und Pakistan gestellt worden, insgesamt 43% aller gestellten Anträge. Im September hätten auch mehr belarussische Staatsbürger Anträge auf Asyl gestellt als je zuvor seit Erfassung der entsprechenden Daten. Gleichwohl bewege sich die Zahl der Anträge auf niedrigem Niveau. Während im August noch 94 erstinstanzliche Anträge auf internationalen Schutz registriert worden seien, sei die Zahl im September auf 186 gestiegen. Trotz der fortbestehenden Einschränkung sei es im September gelungen, mehr als 48.000 erstinstanzliche Entscheidungen zu fällen, sodass die Zahl der neuen Anträge übertroffen und zum Abbau des Rückstaus beigetragen worden sei.

<https://www.easo.europa.eu/news-events/belarusian-asylum-applications-increase-september-yet-remain-low-levels>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; AVMD-Richtlinie - Vertragsverletzungsverfahren gegen DEU

Die Kommission hat am 23.11.2020 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen 23 Mitgliedstaaten, darunter auch DEU, sowie gegen GBR eingeleitet, weil sie die Änderungsrichtlinie (EU) 2018/1808 zur Richtlinie 2010/13/EU über audiovisuelle Mediendienste (sog. AVMD-Richtlinie) nicht wie vorgeschrieben bis zum 19.09.2020 umgesetzt haben. Eine Umsetzung haben bisher nur DNK, HUN, NDL und SWE notifiziert. Die Richtlinie 2018/1808 passt die AVMD-Richtlinie an das digitale Zeitalter an und trägt den Veränderungen der Medienlandschaft Rechnung. So wurde z.B. der Anwendungsbereich der AVMD-Richtlinie auf sog. Video-Sharing-Plattformen (VSP) erweitert. Die Kommission hat an die betroffenen Mitgliedstaaten ein sog. Aufforderungsschreiben gerichtet und um weitere Informationen innerhalb von zwei Monaten gebeten. Damit hat sie die erste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2165

EU – Förderprogramme

Schwedisches Institut Förderung von Kooperationsprojekten im Ostseeraum und der östlichen Partnerschaft (EU-Ostseestrategie)

Das Schwedische Institut (SI) stellt im Rahmen eines Förderprogramms Startkapital für Projekte von Organisationen bereit, die zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen, ökologischen oder sozialen Entwicklung im Ostseeraum beitragen sollen. Die Projekte sollen dazu dienen, dass schwedische Organisationen gemeinsam mit Organisationen aus den Ländern des Ostseeraums, einschließlich Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, transnationalen Herausforderungen begegnen. Das SI ist die schwedische staatliche Agentur zur Förderung von schwedischen Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftsbeziehungen im Ausland. Es fördert die Entwicklung von Projektkonzepten und -anträgen unter Beteiligung schwedischer Partner. Der aktuelle Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen ist bis zum 11.02.2021 geöffnet. Alle Projekte, die über dieses Instrument gefördert werden können, müssen einen Beitrag zur EU-Ostseestrategie leisten. Folgende Themenschwerpunkte sollen bei den Anträgen Berücksichtigung finden: Eine ökologisch nachhaltige Region (Projekte im Bereich Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung), Nachhaltiges Wachstum für höheren Wohlstand (Projekte im Bereich der Wirtschaft, beispielsweise zu Themen Innovation, regionale Entwicklung und / oder Tourismus) und Herausforderungen der Region (Gesellschaftsbezogene Projekte, beispielsweise zu sozialpolitischen Themen, im Gesundheitsbereich und / oder zivile Sicherheit). Der Antrag für das gesamte Konsortium muss zwingend von einer schwedischen Einrichtung eingereicht werden. Die Programmländer umfassen die EU-Länder SWE, DNK, DEU, EST, FIN, LET, LIT und POL sowie die Länder der Östlichen EU-Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine; Partner aus Belarus können ebenfalls teilnehmen, erhalten aber aufgrund der aktuellen politischen Situation keine Fördergelder) und Russland. Deutsche Partner können am Konsortium unter folgenden Bedingungen teilnehmen. Das Konsortium besteht neben dem schwedischen Antragsteller und der deutschen Einrichtung aus mindestens zwei anderen Einrichtungen aus mindestens zwei Kernländern, darunter mindestens eine Einrichtung aus einem Kernland innerhalb der EU. Partner aus DEU sowie aus DNK und FIN erhalten ausschließlich eine Förderung für Reise-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten in Höhe von max. 50.000 schwedischen Kronen (ca. 4.900 EUR). Die Gesamtfördersumme eines Projekts kann von 100.000 SEK bis zu 500.000 SEK (ca. 9.800 - 48.960 EUR) reichen. Geförderte Projekte müssen zwischen dem 01.07.2021 und dem 01.11.2021 beginnen und dürfen eine Laufzeit von maximal 18 Monaten haben.

<https://si.se/utlysningar/bidrag-finansiering/projektinitiering/>

Veranstaltungen

Hessens Livestream: EU-Handelspolitik – zwischen „Chimerica“ und Corona

Auf gemeinsame Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich und dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Merck KGaA Stefan Oschmann fand am 17.11.2020 eine digitale Veranstaltung zur EU-Handelspolitik statt, die sich mit der künftigen Ausgestaltung der EU-Handelspolitik auseinandersetzte unter dem Blickwinkel des Handelskonflikts zwischen den USA und China, aber auch mit Blick auf die neuen Herausforderungen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie. Europaministerin Puttrich hob Merck als wichtigen Ansprechpartner und seine Aktivitäten im Kampf gegen Corona hervor. In ihrem

Grußwort sprach sie die Bedeutung der EU-Handelspolitik als wichtigen Pfeiler für die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgerufenen geopolitischen Ausrichtung der Kommission an. Die Beziehungen der EU mit den USA und China würden dabei eine entscheidende Rolle spielen. Sie sprach sich klar für den EU-Binnenmarkt als „die Stärke“ Europas als auch für offenen Welthandel aus. Stefan Oschmann hob die Tragweite des globalen Handels hervor. Wichtig seien ein starkes Engagement für einen regelbasierten und fairen Welthandel, aber auch eine stärkere Resilienz bei den globalen Lieferketten sowie ein klarer Mechanismus zur Schlichtung von Handelskonflikten. An der anschließenden Diskussionsrunde nahmen MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU), Piotr Rydzkowski aus der Generaldirektion Handel der Kommission, Sonali Chowdhry vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel und Taddheus Burns, Leiter Life Science Government & Public Affairs der Merck KGaA, teil. Prof. Dr. Sven Simon betonte die Notwendigkeit der Gewährleistung von fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen den globalen und lokalen Märkten. Handel müsse frei aber auch fair sein. Dafür hätten die Unternehmen eine Verantwortung und die Aufgabe von Politik sei es, hier gegebenenfalls nachzujustieren. Piotr Rydzkowski berichtete, dass sich die Kommission mit Anhörungen/Konsultationen die neue Handelspolitik vorbereite. Dabei wären die Spannungen zwischen den eigenen Interessen wie z. B. dem Europäischen Green Deal und der allgemeinen Marktöffnung zu lösen. Sonali Chowdhry hob hervor, dass die Resilienz nicht durch die Handelspolitik allein erreicht werden könne, sondern dafür auch Finanzstabilität, Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte benötigt würden. Taddheus Burns wies darauf hin, dass sich im Rahmen der Pandemie und der Reaktionen darauf die EU als einziger „Erwachsener“ im Rahmen der WTO bewegt habe. Nach den Eingangsstatements führte Sandra Parthie Leiterin des Brüsseler Büros des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) mit Fragen an einzelne Podiumsteilnehmer die weitere Diskussion. Dabei ging es um Themen wie das Konzept einer offenen strategischen Autonomie, Lieferketten, die Ausgestaltung des neuen CO₂-Grenzmechanismus, aber auch um die Notwendigkeit, den Nutzen der Handelspolitik der Allgemeinheit verständlich zu machen.

Hessens Livestream: Die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Am 25.11.2020 beschäftigte sich auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich die Veranstaltungsreihe „Europa im Gespräch“ im Rahmen einer online Veranstaltung mit der zukünftigen europäischen Agrarpolitik. Die Veranstaltung fand zu einem wichtigen Zeitpunkt statt, da die drei Verordnungen der GAP aktuell zwischen Rat und Parlament in Trilogie verhandelt werden. Europastaatssekretär Weinmeister wies in seinem Grußwort auf die vielfältigen Erwartungen an die Landwirtschaft hin. Hier seien in den vergangenen Jahren Umweltbelange immer stärker in den Fokus getreten. Der Generaldirektor der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Räume, Dr. Wolfgang Burtscher, ging in seinem Eingangsstatement und auch in der anschließenden Diskussion mit der Moderatorin Gudrun Engel (Brüssel-Korrespondentin des WDR) auf den aktuellen Verhandlungsstand zur zukünftigen GAP ein. Er hob hervor, dass die Landwirtschaft den Zielen des Grünen Deals gerecht werden müsse. Dies gelte insbesondere für die Ziele, die die Kommission in ihrer Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ unter anderem für die Nutzung von Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika skizziert hatte. Die Positionen von EP und Rat enthielten diesbezüglich positive, aber auch einige besorgniserregende Elemente. Das Mindestbudget für Öko-Regelungen sei eine wichtige Verbesserung des ursprünglichen Kommissionsvorschlags. Allerdings müssten Öko-Regelungen auch ambitioniert sein und Flexibilität dürfe nicht auf Kosten der Wirkung gehen. Schwierig seien jedoch die Vorschläge von EP und Rat zur Konditionalität für die Direktzahlungen der ersten Säule, die den Vorschlag der Kommission aufweichten. Die Verhandlungen

zur zukünftigen GAP sollen möglichst im Frühjahr 2021 abgeschlossen sein. Die Kommission sei hier ehrliche Vermittlerin, werde aber auch darauf achten, dass die Ambitionen des Grünen Deals berücksichtigt würden.

Hessens Livestream: 15-jährige Jubiläumsfeier des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs

Im Rahmen der 15-jährigen Jubiläumsfeier am 19.11.2020 des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs (ESVK) hob der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Mark Weinmeister, in seiner Begrüßungsansprache zunächst das militärische Erasmus-Programm des ESVK hervor und betonte dessen enormen Beitrag auf dem Weg hin zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheitskultur. Im Anschluss daran hielten Niels Annen, Staatsminister im Auswärtigen Amt, der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, sowie Dirk Dubois, Leiter des ESVK Reden über die Anfänge, die Gegenwart und die anstehenden Herausforderungen des ESVK. Annen betonte in seiner Rede die Notwendigkeit einer gemeinsamen Ausbildung zivilen und militärischen Personals in der EU, um – besonders im Kontext der Krisenbewältigung – die Koordinierung der verschiedenen europäischen und nationalen Sicherheitsstrukturen zu optimieren. Der Erfolg des Kollegs, so Borrell, sei das Ergebnis von 15 Jahren harter Arbeit zum Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungskultur, welche unter anderem die EU zu einem vertrauenswürdigen Partner in der Welt gemacht habe. Deshalb müsse die EU auf dem erfolgreichen Format des Kollegs aufbauen, um ihre Rolle als globaler Sicherheitsdienstleister weiter zu stärken. Für die Zukunft des ESVK erhofft sich Dubois ein noch besser gewappnetes und auf die Herausforderungen der nächsten Jahre vorbereitetes ESVK, welcher weiterhin im Stande sei, den von den Mitgliedstaaten übertragenen Auftrag zu erfüllen. Anschließend an die Reden folgten Zeugnisse einiger Absolventen zum 15-jährigen Bestehen des ESVK. Die Absolventen charakterisierten das ESVK als einen operativen, praktischen Ansatz zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), der zu einer höheren Interoperabilität zwischen den Verteidigungskräften der Mitgliedstaaten geführt habe. Abschließend fand die Verleihungszeremonie der Ehrenstipendiaten des ESVK statt, ein Zeichen der Wertschätzung für den Beitrag zur Förderung der GSVP innerhalb der EU.

Hessens Livestream: 30 Jahre Deutsche Einheit – Auswirkungen auf europäische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Am 18.11.2020 luden die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, und der Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“ gemeinsam mit dem Forschungsverbund „Normative Ordnungen – Goethe Universität Frankfurt“ zu einer Online-Veranstaltung mit dem Titel „30 Jahre Deutsche Einheit – Auswirkungen auf europäische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel ein. Europaministerin Puttrich unterstrich in ihrer Begrüßung, dass die deutsche Wiedervereinigung ein wichtiger Motor für die europäische Integration war. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf Herausforderungen sei es wichtig, unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren, es gehe doch letztlich um die Verwirklichung der gemeinsamen und übergeordneten Ziele. Dabei sei Europa den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder zu erklären, näher zu bringen. Wenn das eigene Land floriere, dann sei es einfacher zu vermitteln, dass das florierende Europa auch dem eigenen Land zugutekomme. Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung / Sprecherin des Leibniz-Forschungsverbunds „Krisen einer globalisierten Welt“, warf in ihrer abschließenden Begrüßung die Frage auf, inwieweit die Gegenwart ein Erfahrungswissen bereitstelle, das auch für die

Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen verwendet werden könne. Dabei griff sie die aktuellen Probleme auf und verwies auf die Herausforderung der andauernden Pandemie. Diese Krise fordere den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus, in ihrer Bewältigung liege aber auch das Potential, diesen zu fördern. Roland Jahn, Leiter der Stasiunterlagenbehörde (BStU), betonte in seinem Impuls, dass eine Brücke zwischen den unterschiedlichen historischen Ereignissen vor allem in der Frage der Menschenrechte liege. Es gehe um die Frage, wie die Europäerinnen und Europäer freiheitlich und selbstbestimmt zusammenleben wollen. Zunächst sagte er, es sei wichtig, immer wieder zu debattieren, welche Gesellschaft die Menschen in Europa wollen, sprich welche Werte sie leben möchten. Gerade mit Blick auf junge Menschen sei es wichtig, zu diskutieren, was sie die Geschichte angehe und welchen Sinn die Vergangenheit für das eigene Leben stiften könne. Denn Geschichte könne ein Kompass für das eigene Leben sein. Darüber hinaus betonte Jahn, dass DEU auf dem Weg hin zur Wiedervereinigung nicht zuletzt Inspiration gerade aus osteuropäischen Ländern aufgenommen habe. In der anschließenden Diskussion hob Prof. Dr. Andreas Wirsching, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, hervor, dass Geschichte mit Gegenwart und Zukunft verflochten sei. Die europäische Geschichte und die Erinnerung daran könnten Orientierung stiften. Sie könnten aber auch lähmen, weil sie den Menschen die tief in der Vergangenheit liegenden Narrative vor die Augen führten. MdEP Prof. Dr. Danuta Hübner (EVP/POL) sagte, der Fall der Berliner Mauer sei ein Symbol für den Zusammenhalt in Europa. Und dies trotz oder gerade wegen aller Unterschiede. Moderator Ralph Sina, Leiter WDR/NDR-Hörfunkstudio Brüssel, verwies mit Blick auf HUN und POL auf die aktuelle europäische Herausforderung in der Bewältigung der Krise der Rechtsstaatlichkeit. Hinsichtlich der aktuellen Kontroverse betonte Prof. Hübner, wie wichtig es sei, die europäischen Mechanismen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit nicht als gegen ein bestimmtes Land gerichtet zu sehen, sondern als Instrument für die Zukunft der EU. Für Prof. Wirsching könne die Geschichte nicht als Blaupause für politische Entscheidungen dienen. Die Funktion der Geschichte als Reflexionswissen bestünde darin, darauf hinzuweisen, dass Geschichte, Gegenwart und Zukunft nicht voneinander zu trennen, sondern miteinander verschränkt seien.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

10./11.12.2020 Tagung des Europäischen Rates

Rat

30.11.2020 Videokonferenz der Euro-Gruppe
Videokonferenz auf Ministerebene „Bildung“
Videokonferenz auf Ministerebene „Jugend“
Videokonferenz der Mitglieder des Stabilitäts- und
Assoziationsrates EU-Kosovo*

01.12.2020 Videokonferenz auf Ministerebene „Kultur und audiovisuelle
Medien“

	Videokonferenz auf Ministerebene „Sport“ Videokonferenz auf Ministerebene „Wirtschaft und Finanzen“
02.12.2020	Videokonferenz auf Ministerebene „Gesundheit“ Videokonferenz auf Ministerebene „Justiz“
03.12.2020	Videokonferenz der Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik
07.12.2020	Rat (Auswärtige Angelegenheiten) Videokonferenz auf Ministerebene „Telekommunikation“
08.12.2020	Assoziationsrat EU-Ukraine Videokonferenz auf Ministerebene „Europäische Angelegenheiten“ Videokonferenz auf Ministerebene „Verkehr“

Europäische Kommission

02.12.2020	Eine EU-Strategie für fortgesetzte Kontrollmaßnahmen von COVID-19 Aktionsplan für Medien und audiovisuelle Medien Neue Strategie zur Umsetzung der Charta der Grundrechte Aktionsplan für europäische Demokratie Mitteilung zur Digitalisierung der Justiz Grenzüberschreitende elektronische Justiz in Europa (e-CODEX)
09.12.2020	Europäischer Klimapakt Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität Nachhaltigkeitsanforderungen für Batterien in der EU Eine EU-Agenda zur Terrorismusbekämpfung: verhindern, schützen, reagieren, antizipieren Fortschrittsbericht der Sicherheitsunion Stärkung des Mandats von Europol Gesetz über digitale Dienste Digitale Märkte

Europäisches Parlament

14./17.12.2020	Für die nächste Plenarsitzung liegt noch keine Tagesordnung vor
----------------	---

Ausschuss der Regionen

04.12.2020	CIVEX-Fachkommissionssitzung Erweiterungspaket 2020 (Meinungsaustausch) Neues Migrations- und Asylpaket (Meinungsaustausch) Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise (Meinungsaustausch)
------------	--

09./10.12.2020

141. AdR-Plenarsitzung

Ein nachhaltigerer Tourismus für die Städte und Regionen der EU

Vom Hof auf den Tisch – die lokale und regionale Dimension

EU-Strategie zur Wiederbelebung des ländlichen Raums

Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Regionen und die Bewertung des europäischen Grünen Deals

Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen: Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich?

Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien

Bericht der Kommission über die Umsetzung der Mitteilung „Eine verstärkte und erneuerte Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU

Herausforderungen für den öffentlichen Nahverkehr in Städten und Metropolregionen

Entschließung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2021

Europäischer Gerichtshof

01.12.2020

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-815/18 (Federatie Nederlandse Vakbeweging): Entsendung von Arbeitnehmern – Internationaler Güterkraftverkehr

01.12.2020

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-791/19 (Kommission / Polen): Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts

02.12.2020

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-826/19 (Austrian Airlines): Entschädigungsanspruch bei Umleitung auf anderen Großstadtflughafen?

03.12.2020

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-352/19 P (Région de Bruxelles-Capitale / Kommission): Glyphosat

03.12.2020

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-62/19 (Star Taxi App): Darf Taxi-App einer Genehmigungspflicht unterworfen werden?

03.12.2020

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-650/18 (Ungarn / Parlament): Rechtsstaatlichkeit in Ungarn

- 03.12.2020 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-559/19 (Kommission / Spanien): Feuchtgebiete von Doñana
- 03.12.2020 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-337/19 P (Kommission / Belgien und Magnetrol International): Tax rulings: Steuerbefreiung für „Mehrgewinne“ belgischer Unternehmen multinationaler Konzerne
- 07.12.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-930/19 (État belge): Aufenthaltsrecht nach Trennung wegen häuslicher Gewalt
- 08.12.2020 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtssachen C-620/18 (Ungarn /), und C-626/18 (Polen / Parlament und Rat): Nichtigkeitsklagen gegen Änderung der Entsenderichtlinie
- 08.12.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-584/19 (Staatsanwaltschaft Wien (Gefälschte Überweisungsaufträge)): Ausstellung einer Europäischen Ermittlungsanordnung durch die deutsche Staatsanwaltschaft
- 09.12.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-132/19 P (Groupe Canal + / Kommission): Grenzübergreifender Zugang zu Pay-TV-Inhalten
- 10.12.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-488/18 (Golfclub Schloss Igling): MwSt.: Leistungen, die Sportvereine gegen gesondertes Entgelt erbringen

EuG

- 04.12.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-388/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Finnlands zugunsten von Finnair
- 09.12.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-465/20 (Ryanair / Kommission): Covid-19-Krise: Staatliche Beihilfen Portugals zugunsten von TAP

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 18.12.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA